Nr. 143 — Jahrgang 16 Einzelnummer 0,20 Zl. Mittwoch, den 25. Juni 1930

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3.75, 1/32 Seite 7.50, 1/16 Seite 15.—, 1/8 Seite 30.—, 1/4 Seite 60.—, 1/2 Seite 120—, 1 ganze Seite 240 — Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gespaltene mm Zeile 0,60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 6. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Sejmtagung wird erzwungen?

Ein neuer Antrag der Opposition an den Staatspräsidenten — Forderung nach Rücktritt erneut gestellt — Der Regierungsblock weiß nicht, was die Regierung macht — Beratungen der Opposition — Die Resolution für Krakau beschlossen — Forderung der Sejmauflösung

Warschau. Um 12 Uhr mittags sollte gestern die Sejmsitzung stattfinden. Sie wurde jedoch vom Sejmmarschall abberufen, weil die außerordentliche Sejmsession durch den Staatspräsidenten geschlossen wurde. Man war daher nicht wenig erstaunt, daß der B. B.-Klub sehr zahlreich erschienen ist und es erweckte den Anschein, daß die B. B.-Abgeordneten von der Absicht der Regierung nichts wußten, die voraussichtlich keine Zeitungen lesen. Diese Unwissenheit der B. B.-Abgeordneten gab Anlaß zur Heiterkeit bei der Opposition.

Gestern trat eine Spezialkommission des Sejms zusammen, die eingesetzt wurde, um die Mißstände bei dem Bau der Eisenbahndirektion in Helm zu überprüfen. Die Kommission hat gestern zwei Zeugen vernommen.

Am Nachmittag tagten die Führer des Centrolinken (Centrolew), die den Text der Resolution, welche dem Kongreß der Opposition in Krakau am 29. Juni vorgelegt wird, festsetzte.

Wie bereits feststeht, wird ein neuer Antrag über die Einberufung einer neuen außerordentlichen Sejmsession in den nächsten Tagen durch den Centrolew nicht gestellt, obwohl die Unterschriften bereits eingesammelt wurden. Mit dieser Frage werden sich die Führer der Opposition noch einmal befassen und den Antrag auf Einberufung der außerordentlichen Sejmsession später einbringen. Wie verlautet, wird der Antrag so formuliert sein, daß daraus für die Regierung eine moralische Verpflichtung ersichtlich sein wird, die Session einzuberufen, oder aber den Sejm aufzulösen und die Neuwahlen auszuschreiben.

Neuwahlen gegen die Obstruktion in Preußen

Ministerpräsident Braun zur Auflösung des Landtages entschlossen — Die Volkspartei gegen Brüning — Noch kein Finanzminister im Reich

Berlin. Wie die „Vossische Zeitung" berichtet, hat der preußische Ministerpräsident Braun an den Kölner Oberbürgermeister Adenauer, der Vorsitzender des Staatsrates ist, das Ersuchen gerichtet, Mittwoch in Berlin anwesend zu sein. Die zur Regierungsmehrheit gehörenden Fraktionen haben ihre Mitglieder ersucht, am Mittwoch vollzählig zu erscheinen. Wenn aber die Anwesenheitszahl bei der Regierungskoalition nicht ausreichen sollte, um die Beschlußfähigkeit zu sichern, wenn die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei gemeinsam mit den Kommunisten die Taktik der Obstruktion fortsetzen sollten, so daß auch die Wiederholung der Schlußabstimmung ergebnislos bliebe, dann würde unmittelbar danach die Auflösung des Landtages verfügt werden. Am Mittwoch soll dann die vor Pfingsten nicht mehr erledigte Schlußabstimmung über den Haushalt wiederholt werden.

Volkspartei gegen Kabinett Brüning?

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beriet am Montag abend mehrere Stunden über ihre programmatischen Forderungen zur künftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches. Die Fraktion nahm ohne ausdrückliche Beschlußfassung nach zuverlässigen Mitteilungen, die der Telegraphen-Union zugegangen sind, zu dem Ergebnis, daß sie für ein irgendwie geartetes Notopfer, das an das Finanzprogramm Moldenhauers oder an die preußischen Abänderungsvorschläge angelehnt werde, nicht zu haben ist. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei will unseres Wissens am Dienstag vormittag vor der in Aussicht genommenen Kabinettssitzung den Reichskanzler mit ihren Forderungen vertraut machen. Von der Haltung des Reichskanzlers zu diesen Forderungen wird die Deutsche Volkspartei ihr weiteres Verhalten gegenüber dem Kabinett abhängig machen. Nach Stand der Dinge ist ja die Volkspartei bereit gegen Brüning zu stimmen.

Verfassungsreform in Spanien?

Alba für die demokratisch-parlamentarische Monarchie — Gegen diktatorische Experimente — Neuwahlen in Sicht — Gesundung des Staates

Madrid. Der frühere Minister Santiago Alba veröffentlicht mit Einverständnis des Königs Alfons eine längere Erklärung, die auf die Unterredung mit dem König in Paris zurückgeht. Alba hebt u. a. hervor, daß es wichtig sei, eine breite politische Plattform zu schaffen, sowie große Parteien, die von neuen Ideen geleitet würden, um die Rückkehr der vordirektorialen Zustände auszuschließen. Nach ausreichender Vorbereitung würden in ganz Spanien Landtagswahlen ausgeschrieben werden. Dem Landtag würde dann die Durchführung der Verfassungsreform mit dem Ziele einer demokratisch-parlamentarischen Monarchie wie in England und Belgien obliegen. Die künftige Verfassung soll weiter ein persönliches Eingreifen der Krone verhindern und so ein Bollwerk gegen die Errichtung künftiger Diktaturen bilden. Der Erfolg seiner Bestrebungen hänge davon ab, welche Garantie die Krone dem Volke geben würde, sowie weiter davon, ob sich die Krone ehrlich darauf beschränken würde, ein repräsentatives Symbol zu sein. Die Reform des Staatswesens müsse begleitet sein von einer Nachprüfung, die festzustellen habe, wer für die Einführung der Diktatur verantwortlich gewesen sei. Eine Neuorganisation des gesamten Staatswesens, eine Reorganisation des Militärs, des Unterrichts sowie ein Wiederaufbau der Flotte würde dann folgen. Besonders wichtig sei die Lösung der Währungsfrage. Alba fordert dann alle zu gemeinsamer Arbeit für das Vaterland auf und setzt sich für die Arbeit Berenguers ein, der bis zu den Wahlen bleiben müsse. Der König hat Alba in einer längeren Erklärung gedankt und erklärt, daß Minister vor der Diktatur als Ehrenmänner im Interesse des Vaterlandes gearbeitet hätten.

Generalstreik in Sevilla

Madrid. In Sevilla ist der Generalstreik ausgerufen worden. Ueber 40 000 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Die Ausrufung des Generalstreiks ist darauf zurückzuführen, daß es zwischen der Polizei und den Streikenden zu schweren Zusammenstößen kam, bei denen noun Zivilisten und ein Polizist schwer verletzt wurden. Eine Arbeiterfrau starb bei dem plötzlichen Eingreifen der Polizei vor Schrecken an Herzschlag. Der Tod dieser Frau hat zu Gerüchten Anlaß gegeben, daß sie von der Polizei erschossen worden sei. Wie es scheint, hat dies den Anlaß zu Ausrufung des Generalstreiks gegeben. Der gesamte Verkehr ist lahmgelegt. Alle Läden haben geschlossen. Die Streikführung befindet sich angeblich in den Händen von Anarchisten.

Stalin in der Sackgasse

Zum 16. Parteitag der russischen kommunistischen Partei.

Von Peter Garwy.

Nach dem Tode des vergötterten Gründers des Bolschewismus behaupteten alle drei Gruppen der Epigonen im Besitz des wahren Ringes Lenins zu sein. Der Ausgang heftigen Richtungskampfes hat unbestreitbar bewiesen, daß weder Trotzki, noch Bucharin, sondern Stalin im Besitz des wahren Ringes Lenins ist. Denn dieser Zauberring besteht nicht in einer klaren Lehre — alle drei Gruppen berufen sich mit gleichem Recht auf die vieldeutige Heilige Schrift des Meisters —, sondern vor allem in der rücksichtslosen Willenskraft und in der organisatorischen Kunst, den Parteiapparat als Machtmittel zu beherrschen und auszunutzen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß auf dem bevorstehenden Parteitag der KPdSU. Stalin, der Autor der mißlungenen Agrarrevolution von oben, auch diesmal den Sieg davontragen wird. Der allmächtige Generalsekretär wird seine Generallinie durchsetzen, obwohl sie soeben die Parteidiktatur an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Er wußte im letzten Augenblick einzulenken und damit die heranziehende Katastrophe wenigstens aufzuschieben. Er wußte die Verantwortlichkeit auf die Glieder der Parteikette abzuwälzen. Er wußte alle Hebel des ihm unterstellten Parteiapparates einzusetzen, um einen linientreuen und gefügigen Parteitag vorzubereiten. Alle Orts- und Provinzkonferenzen der KPdSU., die dem Parteitag vorausgingen, haben die Generallinie des ZK., d. h. Stalins, „einstimmig" gebilligt und „voll Begeisterung" dem bei Lebzeiten vergötterten bolschewistischen Duce untertänigst gehuldigt.

Die Vorbereitungskampagne zum Parteitag stand zwar offiziell unter dem Zeichen des Kampfes nach rechts und nach links. Aber es war ein einseitiger Kampf. Nur die Mehrheit, nur die Stalinisten, hatten das Wort. Weder die Rechtsoppositionellen, deren Stellung in der Partei dank dem Scheitern des Stalinschen Agrarexperiments sich inzwischen verstärkt hatte, noch die Trotzkisten hatten die Möglichkeit, offen aufzutreten, Kritik frei zu üben, ihr Programm zu formulieren. Zwar erscheinen in der „Prawda" langspaltige „Diskussionsblätter". Aber nur die waschechten Stalinisten nehmen an dieser „Diskussion" teil. Dabei handelt es sich um eine rein scholastische Haarspalterei über die Auslegung der vom ZK. ausgearbeiteten Resolutionsentwürfe zum Parteitag, die seine Ergebnisse vorwegnehmen sollen. Hiermit ist die Bonapartisierung der Partei vollendet: Es gibt in ihr — wie übrigens im ganzen Lande — kein geistiges Ringen mehr. In der Parteipresse, in den Versammlungen — Monologe, aber keine Dialoge.

Nur hier und da sind einzelne schüchterne Stimmen der Kritik zu hören, die bald rücksichtslos erstickt werden. Wer ist für die verheerenden Folgen der Zwangskollektivisierung verantwortlich — die Ortsorganisation, wie es Stalin behauptete, oder das Zentralkomitee? Handelt es sich nur um die „Verkrümmungen" oder um die Generallinie selbst? Was bürgt für die richtige Führung in der Zukunft? Diese und ähnliche Fragen werden als „gegenrevolutionäre Diskreditierung des Leninschen ZK", als versteckter Angriff gegen den unfehlbaren Parteiführer oder zum Reuegeständnis gezwungen.

Konnte noch vor kurzem der dumpfe Kampf der unterdrückten und zum Schweigen verurteilten sozialen Kräfte Sowjetrußlands in dem Richtungskampf innerhalb der herrschenden Monopolpartei einen Ausweg finden, so hat die vollendete Stalinisierung der Partei auch diesen Ersatz der politischen Meinungsfreiheit und Interessenvertretung beseitigt. Dadurch hat aber die Diktatur den letzten Kompaß zerbrochen, der ihr die Orientierung einigermaßen noch ermöglichte.

Weder Volksvertretung noch Parteidemokratie! Rätekongresse und Parteitage werden zu lauten Paraden, die Sowjet- und Parteiwahlen zum von oben manipulierten Plebiszit. Die Diktatur tastet nunmehr im Dunkeln. Einst schrieb der berühmte russische Freiheitskämpfer Herzen über die Zeit Nikolaus I.: „Das Winterpalais ist vom Reiche des Schweigens umgeben und in ihm hört man nur die Generaladjutanten des Zaren sprechen". Auch der Kreml ist jetzt von einem Reiche des Schweigens umgeben und in ihm haben nur die Generaladjutanten des bolschewistischen Alleinbeherrschers das Wort!

Die Diktatur hat ihren letzten Kompaß zerbrochen. Sie wird immer mehr zum Spiel der elementaren Kräfte. Sie hat die Richtung verloren. Indessen wird die Lage kritisch — nicht nur für die Diktatur selbst, sondern auch für das ganze Land. Der von Stalin eingeschlagene Linkskurs ist in die Sackgasse geraten. Das Chaos auf dem flachen Lande, eine Folge des sinnlosen Agrarexperiments, droht mit einer Mißernte zu enden,

die die Ernährung der Städte und Dörfer, wie die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gefährdet. —

Als wichtigste Fragen stehen auf der Tagesordnung des Parteitages: Fünfjahresplan, Kollektivisierung der Landwirtschaft, Gewerkschaftspolitik. Die Resolutionsentwürfe des ZK., die wie Kriegsbefehle zum Parteitag klingen, beweisen, daß trotz des Scheiterns der Zwangskollektivisierung die Stalinsche Generallinie im großen und ganzen eingehalten wird. Die Verwirklichung des „integralen Sozialismus" in wenigen Jahren bleibt nach wie vor das Hauptziel der Partei. Der Fünfjahresplan der Industrialisierung soll trotz der „Durchbrüche" der letzten Zeit, trotz dem Mangel an technischen Kaders, an Finanzmitteln, an Rohstoffen und Ausrüstungen in vier, zum Teil sogar in drei Jahren durchgeführt werden. Wahrhaftig — ein Galopptempo in die Sackgasse!

Dementsprechend sollen die Aufgaben und die Struktur der Gewerkschaften grundsätzlich geändert werden. Sie sollen nunmehr „der Produktion sich zuwenden". In der Praxis bedeutet dies die Ablösung der Verteidigungsfunktionen der Gewerkschaften (Arbeiterschutz) durch die Anspornungsaufgaben zwecks Hebung der Arbeiterproduktivität. „Stroßbrigaden" der Antreiber sollen nunmehr zu optimalen und begünstigte Organisationszellen der Gewerkschaften und der sogenannte „sozialistische Wettbewerb" zur geeignetsten Methode der Leistungssteigerung ohne entsprechende Entlohnung der Arbeiter werden.

Im Mittelpunkt des Parteitages steht aber die Frage der „sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft". Es ist ebenso eine wirtschaftliche wie eine politische Frage. Denn der Bruch mit der Bauernschaft, die sich nicht „sozialisieren" läßt und an ihrem in der Revolution 1917 erkämpften Grund und Boden festhält, droht zum Verhängnis für die Diktatur zu werden. Aber gerade in dieser brennenden Schicksalsfrage ist keine grundsätzliche Wendung vom Parteitag zu erwarten. Zwar ist die wilde verwegene Jagd Stalins nach der sofortigen Kollektivierung der gesamten 27 Millionen Bauernwirtschaften kläglich mißlungen. Zwar ist Stalin genötigt worden, vor der drohenden Wirtschaftskatastrophe, vor der Auflehnung der Bauernschaft wie vor der Gärung in der roten Armee einen Rückzug anzutreten. Trotzdem sollen, wie aus den „Thesen" des Volkskommissars für Landwirtschaft, Jakowlew, zu ersehen ist, nur die plumpsten Methoden der Zwangskollektivierung modifiziert und das „Sozialisierungstempo" etwas verlangsamt werden.

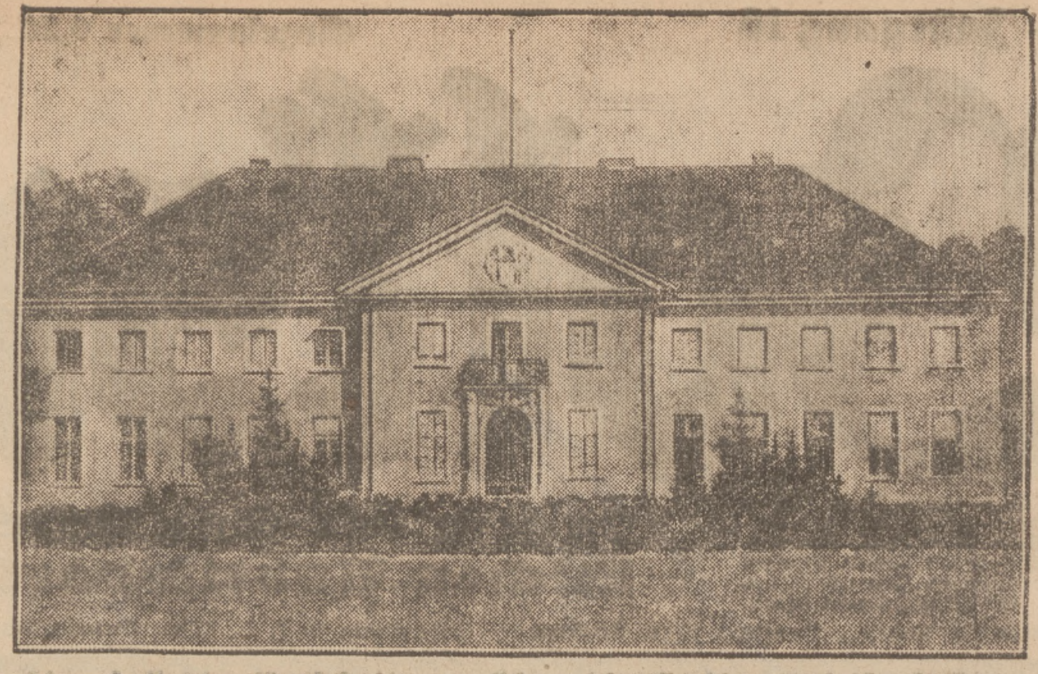
Es ist kaum zu erwarten, daß die dumpfe Götterschlacht, die sich hinter den Mauern des Kreml am Vorabend des Parteitages abspielt, die Einstellung der Parteimehrheit in der Agrarfrage ändern wird. Provisorische Erleichterungen für die der Vernichtung geweihten Einzelbauern, Verlangsamung des Kollektivisierungstempos, Milderung der Zwangsmethoden, aber kein Verzicht auf das agrarkommunistische Experiment, kein Verzicht auf das für die Volksmassen unerträgliche Galopptempo der Industrialisierung. Hiermit ist aber das Fazit des kommenden Parteitages des KPSU. im voraus gezogen. Im besten Falle — ein faules Kompromiß nach rechts bei Beibehaltung der Generallinie. Keine politische Konsequenzen oder Konzessionen — die Parteidiktatur bleibt nach wie vor „unerschütterlich und unantastbar". Der hinter den Kulissen tobende Cliquenkampf um die Macht kann höchstens zu einem Personen-, aber zu keinem Systemwechsel führen.

So bleibt die Krise der Sowjetmacht, die gleichzeitig eine Krise der utopistischen Wirtschaftspolitik und der terroristischen Diktatur ist, im vollen Umfange bestehen. Der Kongreß der Diktaturpartei — dieses neuen herrschenden Standes — kann zwar alles, nur nicht diese Krise lösen. Nicht nur aus Feigheit vor der Notwendigkeit, sondern aus dem Instinkt der Selbsterhaltung, und aus dem Willen zur Alleinherrschaft. Eben darum liegt die Lösung außerhalb der Diktaturpartei — in den Händen der arbeitenden Klassen und vor allem des Proletariats, das immer mehr objektiv gezwungen wird, das Bündnis mit der Bauernschaft auf der Grundlage der Demokratie und des ökonomischen Realismus herzustellen, um den drohenden Sieg der Gegenrevolution im letzten Augenblick zu vereiteln.

Die Lage in Bolivien

Das Schicksal von General Kundt ungewiß.

Buenos Aires. Wie „La Prensa" meldet, teilte die bolivianische Regierung in einem amtlichen Bericht die Eroberung der Stadt Villazon, die der Mittelpunkt der revolutionären Bewegung war, durch regierungstreue Truppen mit, fügte aber hinzu, der Führer der Revolutionären, Hinojosa, habe flüchten können. Die Direktion der Eisenbahnstrecke Buenos Aires-Bolivien übernimmt für Verbindung mit La Paz keine Garantie, da die Linie auf bolivianischem Gebiet nach wie vor unterbrochen sei. Ungewiß ist auch das Schicksal des bolivianischen Generalstabes des ehemaligen deutschen General Kundt, von dem es hieß, daß er von meuternden Truppen, die zu den Revolutinoären übergegangen waren, gefangen genommen worden sei. Nach anderen Mitteilungen soll Kundt sich jedoch rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben. Von einer Unterdrückung der Revolution kann jedenfalls nicht die Rede sein, solange ihr Führer Hinojosa sich in Freiheit und auf bolivianischem Boden befindet.



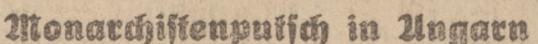
Hier soll die Entscheidung über die Kabinettskrise fallen

Hindenburgs Stammgut Neudeck (Ostpreußen), wo der Reichspräsident seit Pfingsten weilt. Hier hat er den persönlichen Bericht des Staatssekretärs Meißner über die Schwierigkeiten der Reichsregierung, die eine Folge des umstrittenen Deckungsprogramms sind, entgegengenommen, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen und hier wird auch Brüning erwartet.

Die Bedeutung des internationalen Arbeitsamtes

Die Washingtoner Konvention wird ratifiziert — Rußland als kommender Konkurrent am Weltmarkt Entgegenkommen an die Arbeiterklasse — Für sozialen Fortschritt und wirtschaftlichen Aufschwung

Genf. Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Thomas, hielt am Schluß der Hauptaussprache auf der internationalen Arbeitskonferenz eine eineinhalbstündige Rede über die Tätigkeit und die Fortschritte der internationalen Arbeitsorganisation. Er stellte fest, daß bisher 391 Ratifizierungen von internationalen Arbeitsabkommen vorliegen. Er hoffe, daß auch das Washingtoner Achtstundenabkommen in der nächsten Zeit ratifiziert würde. Eine Reihe von Großmächten, wie Deutschland, hätte bereits ihre soziale Gesetzgebung dem Washingtoner Abkommen angepaßt. Er apelliere an die Großmächte, in weit höherem Maße als bisher die internationalen Arbeitsabkommen zu ratifizieren, um nicht in der Arbeiterschaft eine tiefe Enttäuschung Platz greifen zu lassen. Die wirtschaftliche Entwickelung und Krise in Rußland müsse eingehend geprüft werden, da in absehbarer Zeit Sowjetrußland von neuem als gefährlicher Wirtschaftskonkurrent auf dem europäischen Markt auftreten könne. In allen großen internationalen Organisationen sei in letzter Zeit in wachsendem Maße die Tendenz festzustellen, innerhalb gewisser regionaler Gruppen von Staaten einzelne große Fragen zu lösen. Der paneuropäische Vorschlag Briands sehe eine Union der europäischen Staaten vor, innerhalb deren die europäischen Arbeitsfragen geklärt werden sollen. Eine gleiche Bewegung sei bei der Behandlung der Kolonialfragen und einzelner großer Wirtschaftsfragen festzustellen. Wenn diese Bewegung weiter zunehme, so würde das internationale Arbeitsamt zu einer großen wirtschaftlichen Akademie werden, die den Staats zwar gewisse sozialpolitische Empfehlungen gebe, jedoch außerhalb deren die Entscheidung und Regelung der sozialen Fragen stattfinden würde. Es müsse unter allen Umständen der universelle Charakter der internationalen Arbeitsorganisation aufrecht erhalten werden. Die regionalen Tendenzen müßten in den Rahmen der Arbeitsorganisation eingefügt werden. Thomas unterstrich, daß die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika eine Weltabsatz- und Verbrauchskrise darstelle, die umso bedenklicher sei, als man nach der Annahme des Youngplanes angenommen habe, daß nunmehr die großen wirtschaftspolitischen Fragen geregelt seien. Die Krise drohe zu einer schweren Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa zu werden. Man könne erwarten, daß die amerikanische Wirtschaft sich schneller von der Krise erholen werde, als die europäische. Trotz aller Enttäuschungen und Hemmnisse trete die internationale Arbeitsorganisation für sozialen Fortschritt und Besserung der sozialen Arbeitsbedingungen in der Welt ein. Die Rede Thomas wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.



Monarchistenputsch in Ungarn

Brüssel. Zu den Enthüllungen der tschechischen Presse über einen beabsichtigten Monarchistenputsch in Ungarn wird aus der Umgebung der Exkaiserin Zita auf Schloß Steenockerzeel in der Nähe von Brüssel versichert, daß diese Enthüllungen aus der Luft gegriffen seien. Die Kaiserin Zita befinde sich zurzeit im Oviedo in Spanien und werde morgen nach Bilbao zurückkehren. Nicht bestritten wird, daß die Kaiserin Zita ständig zahlreiche ungarische Monarchisten empfängt.

*

London. Der Führer der rumänischen Bauernpartei, Dr. Naiu, erklärte gegenüber dem Bukarester Berichterstatter des Evening Standard, daß Rumänien unter keinen Umständen der Rückkehr der Habsburger zur Macht in Ungarn zustimmen werde. Diese Erklärung folgte der durch Rundfunk verbreiteten Erklärung, wonach der Erzherzog Otto beabsichtige, sich um den ungarischen Thron zu bewerben.

Mazedonier-Razzia in Sofia

Sofia. Am Sonnabend und Sonntag umstellte die Polizei die Häuserviertel, in denen bekannte Mazedonier wohnen und nahm an Hand vorbereiteter Listen mit einem großen Polizeiaufgebot eine Durchsuchung der Wohnungen vor. Mehrere angesehene Mazedonier, darunter Mitglieder des legalen Nationalkomitees und ehemalige mazedonische Abgeordnete, wurden verhaftet. Der Präsident des Nationalkomitees legte gegen diese Polizeimaßnahmen sofort seinen Innenministerprotest ein, worauf einige Verhaftungen rückgängig gemacht wurden. Gleichzeitig wurden ähnliche Polizeirazzien in Petritsch und Küstendil durchgeführt. Mit der Razzia soll bezweckt worden sein, alle ruhestörenden mazedonischen Elemente aus den Grenzgebieten zu entfernen. Man suchte besonders nach den Mitarbeitern Iwan Michailoffs, nach Chatroff und Drangoff, die aber nicht ergriffen wurden.

Schweizer Anleihe für Gdingen

Warschau. Polnischen Mitteilungen zufolge hat der Magistrat von Gdingen eine Anleihe zu Elektrifizierungszwecken mit der schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich abgeschlossen. Die Anleihe beträgt 4 Millionen Schweizer Franken auf 5 Jahre zu 9 v. H.

Das Flottenabkommen vom amerikanischen Senatsausschuß angenommen

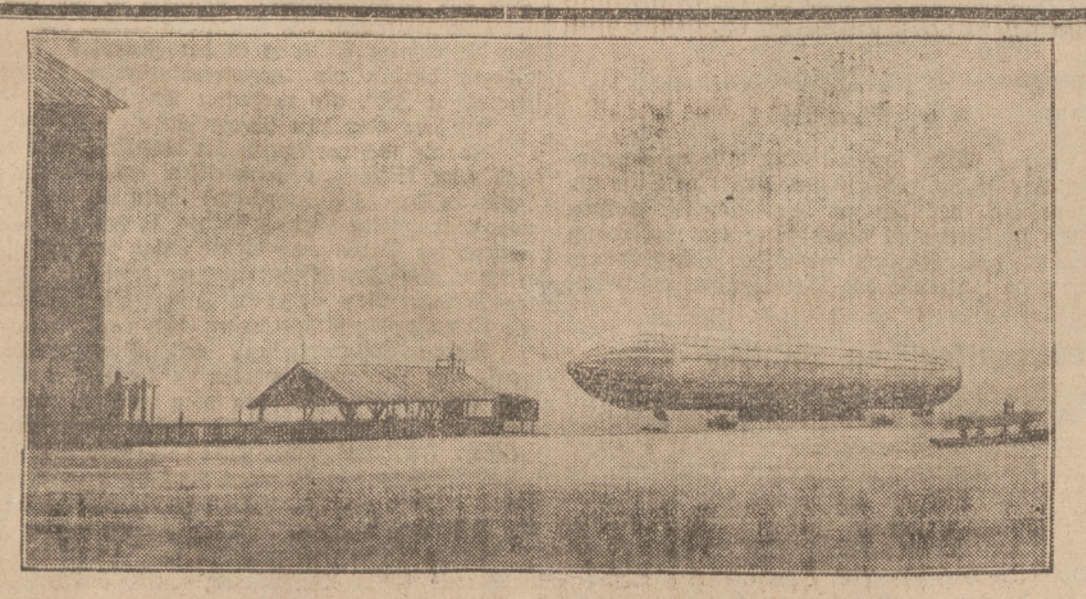
New York. Der Kampf um das Londoner Flottenabkommen ist in eine entscheidende Phase eingetreten. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat am Montag unter dem Vorsitz Borahs das Flottenabkommen mit 16 gegen 4 Stimmen angenommen.

Erzwungene Parlamentssitzung in Aegypten

London. Trotz der Vertagung des ägyptischen Parlaments um einen Monat durch die ägyptische Regierung haben sich am Montag Mitglieder des Senats und der Kammer zu einer verabredeten Zeit vor dem Parlamentsgebäude versammelt und, indem sie eine Polizeikette durchbrachen, sich den Eintritt in das Parlament erzwungen. Die anwesenden Mitglieder hielten dann eine Sitzung ab, die etwa eine halbe Stunde dauerte.

Kommunistische Einflüsse in Indien?

London. Der Staatssekretär für Indien erklärte auf Anfrage im Unterhaus, daß die der Regierung vorliegenden Berichte über die Vorgänge an der Nordwestgrenze Indiens frühere Erklärungen bestätigten, wonach die Agitation gewisse charakteristische kommunistische Anzeichen aufweise. Es bestehe jedoch kein Anzeichen, daß die Unruhen direkt auf Bestrebungen kommunistischer Agitatoren zurückzuführen seien.



Der erste Zeppelin-Aufstieg vor 30 Jahren

Vor dem Start des L. Z. 1 in Manzell.

Am 2. Juli sind es 30 Jahre her, daß das erste, von Graf Zeppelin konstruierte Luftschiff — L Z 1 — bei Manzell am Bodensee zu seiner ersten glücklich vollendeten Probefahrt aufgestiegen war. Die Konstruktion der Zeppelin-Luftschiffe hat sich in den verflossenen 30 Jahren oftmals geändert, aber der kühne Gedanke, für den Graf Zeppelin sein Leben eingesetzt hat, erwies sich trotz aller skeptischen Kritik als richtig.

Die sejmlose Wirtschaft auf der Anklagebank

Der Wojewodschaftsrat berichtigt den Wojewoden — Einmütige Ablehnung des Sanacjakurses während der Budgetdebatte Die Deutschen zur Mitarbeit bereit, wenn die Gleichberechtigung verwirklicht wird — Korfantys Abrechnung mit Dr. Grazynski Die Wald- und Wiesenrede des Sanacjaführers Pawelec — Die Sozialisten zur Sprachenfrage in Schlesien — Keine Furcht vor Drohungen mit der Auflösung des Sejms — Eine Warnung, den Kampf auf die Straße zu tragen — Das heutige System ruiniert den Staat — Ohne Rechtszustand keine Gesundung — Die unterbundene kommunistische Deklaration

Das böse Gewissen des Sanacjaklubs

Der Wojewode hätte es sich wohl kaum träumen lassen, daß seine Erklärung vom Wojewodschaftsrat abgelehnt wird, wo er besagt, daß während der sejmlosen Zeit der Wojewodschaftsrat seine gesamte Wirtschaft gebilligt hätte. Der Wojewodschaftsrat Kobylinski vom Korfantyklub gab eine Erklärung ab, die wohl deutlich genug besagt, wie es mit der Bewilligung der Budgets durch die Regierung bestellt war. Man bestimmte und die Herren Wojewodschaftsräte hatten anzunehmen, aber ändern konnten sie an den Budgets nichts. Und auch bezeichnend ist es für die Situation, daß der Wojewodschaftsrat ganz deutlich unterstrich, daß nur der Sejm die Budgets zu bewilligen habe. So blieb der Wojewode mit seiner Budgetpolitik allein auf weiter Flur.

Die gestrige Budgetdebatte hat erwiesen, daß der Wojewode für seine rühmlichen Freitagsausführungen, mit Ausnahme bei seinen Getreuen, auf keinerlei guten Boden stieß, alle Fraktionen lehnten die Wirtschaftsart des Wojewoden ab und erkannten in keinem Falle seine „Verdienste“ an, die sich bei der Kritik als elende Trugschlüsse ergaben. Dafür tobte der Sanacjaklub und ersetzte durch Zwischenrufe, was ihm in Ermangelung an Beweisen fehlte. Hier konnte man allen Ernstes betonen, daß „Weiber zu Hyänen“ werden, wenn sie sich nicht anders ihrer Gegner erwehren können. Diesen Anschein mußte das Gebahren der Frau Abg. Dr. Kujawska erwecken, die da ihren Herrn und Gebieter auf besondere Art zu verteidigen meinte. Löblich zeichnete sich auch der Abg. Stadtpräsident Dr. Kocur aus, der seiner Vorruferin Dr. Kujawska Hilfsstellung gab, so daß man wirklich wußte, daß er auch im Sanacjaklub weilt. Im Gegensatz zu den Zwischenrufen, die sehr lebhaft aus dieser Seite kamen, fiel gerade die Rede des Sanacjaführers auf, der zur Verteidigung des Systems eine richtiggehende „Wald- und Wiesenrede“ hielt, würdig jeden Droschkenkutschers, der auch einmal das politische Podium betritt. Herr, rette die Deinen von diesen Rettern und die wenigste Freude darüber wird wohl der Wojewode selbst gehabt haben, wenn er sich diese Stümperei mit anhören mußte und dafür hat ihn gewiß auch nicht der Weihrauch entschädigt, den man ihm opferte, um zu beweisen, was für ein tüchtiger Wirt er ist. Man wird mit der Zeit über den tobenden Abgeordneten Witczak vom Sanatorenklub zur Tagesordnung gehen müssen, denn man kann diesen Zwischenrufer wirklich nicht ernst nehmen. Aber sie hatten ihren guten Tag, sie konnten sich austoben.

Nicht alle Reden zur Budgetdebatte standen auf der Höhe. Die deutsche Fraktion begnügte sich mit ein paar Erklärungen, die ja bereits aus der Presse bekannt waren und wünschte die Zusammenarbeit, aber unter ausdrücklicher Betonung, daß auch die Gleichberechtigung durchgeführt werden müsse. Dr. Pant lehnte insbesondere die deutsche „Gefahr“ ab, mit der man hierorts gegen die Minderheit Propaganda zu machen gedenkt, wünschte im übrigen Ausbau der Autonomie, wandte sich aber gegen die Verstaatlichung der Polizei. Die Nebenregierung müsse verschwinden und die Deutschen wünschen, daß diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die unter Hochrufen auf den obersten Beamten der Wojewodschaft gemeine Verbrechen begehen. Um die Erhaltung der Schulen wird der Kampf fortgeführt, aber besonders für die Garantie des Elternrechts, welches mißachtet wird. Die deutschen Kinder müssen von deutschen Eltern unterrichtet und das heutige System abgebaut werden.

Abg. Korfanty hatte seinen guten Tag. Er zeigte die Gegensätze auf, wie sie seit Mai 1926 in Polen sich vollziehen und erklärt, daß die Warschauer Methoden auch auf Schlesien übertragen werden sollen. Der Sejm und insbesondere sein Klub, werden sich der Kontrolle der Butgets nicht begeben und sich auch vor Drohungen mit der Auflösung nicht fürchten, denn Recht muß Recht bleiben und es hieße, Selbstmord treiben, wenn man die sejmlose Zeit als einen Rechtszustand betrachten solle. Kein Ministerrat, kein Minister und keine Regierung könne das Budget Schlesiens bewilligen, das könne nur der Schlesische Sejm selbst und man wird die Kontrolle über die letzten Budgets während der sejmlosen Zeit nachfordern. Er unterstreicht die Notwendigkeit des Ausbaus der Autonomie und erklärt, daß ihr Zustandekommen eben von der Regierung verhindert wurde und der Wojewode hat nichts getan, um sie zu beschleunigen. Abg. Korfanty ist oft von der Sanacja unterbrochen worden, aber er ist den Zwischenrufern nichts schuldig geblieben. Da wandte er sich gegen das unhaltbare Steuersystem, welches die kleinen Leute direkt ruiniere. Bezüglich des Elternrechts unterstrich er die Forderungen der Deutschen und wandte sich gegen den Seelenkauf durch Wohlfahrtsleistungen. Er lehnte den Separatismus ab und stellte fest, daß er von Elementen hineingetragen wurde, die von der oberschlesischen Seele nichts verständen. Eine Zusammenarbeit mit den Behörden ist nur möglich, wenn dieses System abgebaut wird, aber aus den Ausführungen des Wojewoden geht hervor, daß er von diesem System nicht abgehen will. Diese galizische Kultur habe in Oberschlesien keinen Boden und sie wird auch in anderen Teilen Polens ablehnt. Besonders energisch wandte er sich gegen die Gesinnungsschmüffeleien und den Wojewodenkult, der mit amtlichen Geldern gepflegt wird.

Seitens der Sozialisten wandte sich der Abgeordnete Machej gegen die Nebenregierung der Aufständischen und verurteilte den Standpunkt des Wojewoden, der diese Bewegung unterstützt. Das Budget sei nur eine Dekoration, denn es fehle das Paradies, welches der Wojewode in seiner Budgetbegründung darzustellen versuchte. In keinem Falle trage er den Wünschen der Arbeiterklasse Rechnung und berücksichtige nicht die elementarsten Forderungen. In einer Deklaration fordern die Sozialisten die Beseitigung des Sprachengesetzes und Gewährung der Rechte den Minderheiten, wie sie in der Verfassung und in dem Autonomiegesetz garantiert sind. Das heutige System ist unfähig, die Wirtschaftsgesundung durchzuführen und das sollte man einsehen und sich zurückziehen, denn das Ausland hat kein Vertrauen zu dieser Wirtschaft. Es scheint, daß sich der Wojewode vor der kommenden Revolution fürchte, weil er die Polizei mit neuen Karabinern versehen will. Die Schule lasse viel zu wünschen übrig und er müßte entschieden dagegen protestieren, daß man in den Fortbildungsschulen nur Religion und Schießübungen einpauke und auch des Sonntags die Schüler noch zu Paraden herumführe, statt ihnen ein wenig Ruhe zu gönnen. Die Sozialisten haben immer ihre Zusammenarbeit mit der Regierung angeboten, aber erst müssen Recht und Ordnung walten und das heutige System müsse verschwinden.

An der Debatte beteiligte sich ferner der Vertreter der N. P. R., der eine kernige Anklagerede gegen das System hielt und im wesentlichen die Ausführungen der Vorredner wiederholte, außerdem die Warnung aussprach, den Sejm nicht zu bedrohen und den Kampf, der sich hier abspielt, nicht auf die Straße zu tragen.

Die Runde beschloß der Kommunist Wieczorek, der sich gegen den Terror wandte, der unter dem Sanacjasystem herrsche und seine Partei insbesondere verfolge. Durch seine Betonung der komumnistischen Idee rief er oft Heiterkeitserfolge hervor und im übrigen verurteilte er den ganzen Centrolew und die Sanacja, wird gegen das Budget stimmen, denn erst die Arbeiter- und Bauernregierung könne das Proletariat befreien. Der Versuch, seine Deklaration vorzulesen, ist gescheitert, weil diese nicht in den Rahmen der Debatte hineinpaßte.

Alles in allem, war die Budgetdebatte ein vernichtendes Urteil gegen das Sanacjasystem, wenn wir auch der Ueberzeugung sind, daß diese Gemüter von ihrer Wichtigkeit so überzeugt sind, daß sie keine Erleuchtung des heiligen Geistes von ihrer Verblendung und dem Heroenkult befreien kann.

* * *

Der Sitzungsverlauf

Gegen 2,15 Uhr eröffnete der Sejmmarschall die Sitzung und gab bekannt, daß in der Beratung des Budgets fortgefahren werde. Die Galerie ist wieder bis auf den letzten Platz gefüllt, das Haus in ernster Erwartung der Kritik. Vor dem Aufmarsch der Fraktionsredner erklärt der Wojewodschaftsrat **Dr. Kobylinski** vom Korfantyblock, daß

der Wojewodschaftsrat die Budgets nicht bewilligt

habe, wie dies hier vom Wojewoden erwähnt wurde. Im Gegenteil, habe der Wojewodschaftsrat immer betont, daß einzig der Sejm zur Bewilligung des Budgets berechtigt war. Der Wojewode habe dem Wojewodschaftsrat wohl die Budgets vorgelegt und berief sich darauf, daß diese bereits von der Regierung und dem Ministerrat bewilligt wären, so daß sich der Wojewodschaftsrat eben damit abzufinden hatte. Nach, wie vor, müsse er auch im Auftrage der übrigen Mitglieder des Wojewodschaftsrats erklären, daß sie für die Verwendung des Budgets durch den Wojewoden die Verantwortung ablehnen.

Der Wojewode beruft sich auf die Gültigkeit des Budgets

denn der Wojewodschaftsrat habe niemals gegen diese Budgets protestiert, und ihm war die Möglichkeit der Aenderung gegeben. Er habe im Einverständnis mit der Regierung gehandelt und da es keinen Sejm gab, so mußte er eben im Interesse der Wojewodschaft das Budget im Sinne der Regierung verwenden, und der Wojewodschaftsrat hatte jede Kontrollmöglichkeit.

Die Wünsche der deutschen Minderheit

Abg. **Dr. Pant:** Zu den Ausführungen des Wojewoden müssen wir verschiedene Fragen stellen, seien sie wirtschaftlicher oder politischer Natur. Die sejmlose Zeit hatte viel zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen, und Gewalt und Selbstherrlichkeit sind auch dem höchsten Beamten in der Wojewodschaft nicht fremd. Amtliche Stellen sind bemüht, die Gegensätze durch Ausnutzung des Falles Jakubowski zu verschärfen und nutzten ihn in diesem Sinne aus. Der deutschen Minderheit liege es an friedlicher Zusammenarbeit, sie müsse aber die Verantwortung für Dinge ablehnen, die sich jenseits der Grenze abspielen. Das Bekenntnis zur deutschen Minderheit wird leider noch immer als ein Verbrechen behandelt und man entzieht für dieses Bekenntnis nicht nur Konzessionen, sondern auch Kredite und Arbeit, Deutsche müssen für ihre Gesinnung leiden, indem man mit ihnen eine Art „deutsche Gefahr“ betreibe, die Polen zu vernichten drohe. Die Deutschen stellen keine anderen Forderungen, **als die Gewährung der Rechte, die ihnen garantiert sind.** Die sejmlose Zeit war keine Zierde für die Wojewodschaft, der Sejm war zwar nicht auf der Höhe, aber es lag auch keine Ursache zu seiner Auflösung vor, darum wird sich die deutsche Fraktion auch nicht der Kontrolle der Budgets begeben. Bei der Schaffung der Autonomie ist sie jederzeit zur Mitarbeit bereit, wendet sich aber gegen die Verstaatlichung der Polizei und fordert den Ausbau der Selbstverwaltung und der kulturellen Bestrebungen, wendet sich **gegen die kommissarischen Verwaltungen,** die bisher nur Schaden der Allgemeinheit gebracht haben. Durch die Selbstverwaltungsgesetze müssen verschiedene Mängel in Stadt und Land beseitigt werden und vor allem wünscht die deutsche Fraktion eine bessere Behandlung der Bevölkerung durch die Beamtenschaft.

Mit aller Entschiedenheit müsse sich die deutsche Fraktion gegen die Nebenregierung wenden, die auf die Beamtenschaft einen Einfluß ausübt, Gastwirten mit Konzessionsentziehungen droht, wenn sie Deutschen ihre Gaststätte zu Versammlungen hergeben, unter Hochrufen auf den Wojewoden Versammlungen sprengt. Der Kommissarische Vertreter in Radzionkau hat den Arbeitslosen am 10. Mai besondere Arbeitslosenunterstützungen versprochen und auf diese Art **Wahlbeeinflussung** geübt. Besondere Aufmerksamkeit müsse man der **Schulfrage** zuwenden. Hier hat es der Wojewode als sein besonderes Verdienst bezeichnet, daß der Kampf um die deutsche Schule abgeschlossen sei. Der deutschen Minderheit sei die Höhe der Prozente höchst gleichgültig, die sich bei der Schuleinschreibung ergeben, was sie indessen fordern muß, das ist, **daß das Elternrecht in jeder Hinsicht durchgeführt wird,** daß keine Untersuchung bezüglich der Gesinnung erfolgt und daß der Grundsatz des Rechts garantiert wird. Vor allem aber müsse man fordern, daß in der **deutschen Minderheitsschule auch deutsche Lehrer unterrichten** und nicht Elemente, wie in Orzegow, die es als ihr Verdienst betrachten, wenn die deutsche Schule liquidiert wird. Ferner wird gefordert, daß deutsche und polnische Kinder bei Speisungen in gleicher Weise berücksichtigt werden und daß dadurch am besten dem Wohle des Staates gedient sei.

Redner bespricht dann noch die Wirtschaftskrise und ist der Ansicht, daß ihre Behebung möglich ist, wenn in unserer Wojewodschaft den Dingen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird und vor allem, wenn die innerpolitische Spannung verschwindet. Mit Gerechtigkeit und Liebe kann man sehr gut, gute Staatsbürger erziehen und an einem solchen Werk werden die Deutschen jederzeit mitarbeiten, zum Wohl der Heimat und des polnischen Staates.

Korfantys Abrechnung mit Dr. Grazynski

Abg. **Korfanty:** Aus der Belehrung des Wojewoden zum Budget geht nicht klar hervor, wie er sich zu den verschiedenen Problemen stellt. Die Wojewodschaft ist unzertrenntlich mit der gesamten Republik, und darum müsse man fragen, was denn eigentlich gültig ist: Das Präliminar oder das vorgelegte Budget. Es herrschen hier sehr undurchsichtige Verhältnisse in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. wie eben in ganz Polen. Was ist die Beratung, die wir pflegen? Ist das Budget schon bewilligt oder wird uns erst ein Projekt vorgelegt. Vor allem vermisse ich das Budget von 1929/30, welches noch nicht vorliegt und von uns keineswegs übergangen wird, denn nur der Sejm hat das Bewilligungsrecht. Nach den Ausführungen des Wojewoden will man uns nur die Rechnungslegung und die Bestätigung der Kontrollkammer vorlegen und damit kann sich der Sejm auf keinen Fall einverstanden erklären. **Das Kontrollrecht steht einzig und allein dem Sejm zu,** und er müsse sich entschieden gegen die Warschauer Praktiken wenden, wenn sie auch auf Schlesien übergreifen sollten. Hier ist kein Raum für Praktiken a la Bartel-Czechowicz, wo man Gelder verbraucht und dann den Sejm vor vollendete Tatsachen stellt. Keine Drohungen werden den Korfantyklub davon abhalten, dieses Recht in Anspruch zu nehmen, man fürchtet das Auflösungsgeheul einer gewissen Presse nicht. Einerlei, ob der Tod rasch oder spät erfolgt, **Volksrecht bleibt Volksrecht.** Nicht Ministerrat, nicht Regierung, nicht Wojewodschaftsrat, sondern **der Sejm bewilligt das Budget** und auch für die vergangene Zeit wird man Abrechnung fordern. Denn die Praktiken stehen im Widerspruch zum vorläufigen Autonomiestatut, welches das Budgetrecht einzig und allein dem Sejm zubilligt. Die Rechtsauffassung über die Finanzgebahrung stehe im Widerspruch zum Organisationsstatut und das Budget beruhe nur auf der Initiative des Wojewodschaftsrats, welcher auch bezüglich der Tangente seine Vorschläge nach Warschau zu machen habe.

Die Auflösung des Sejms ist, entgegen dem Gesetz, erfolgt und selbst, wenn man das Auflösungsrecht dem Staatspräsidenten zubilligt, so müßte aber auch dem Autonomiestatut Rechnung getragen werden und Neuwahlen hätten ausgeschrieben werden müssen. Man weiß, daß der Sejm nur deshalb aufgelöst wurde, **weil er die Wahlgelder des Wojewoden kontrollieren wollte** und nicht die Regierung hat die Neuwahl durchgeführt sondern sie sind gekommen, weil der Senatsmarschall gewisse Zeiten verschlafen hat. Die Regierung hat alles versucht, um die Neuwahlen zu hintertreiben.

Das Budget ist so ausgearbeitet, daß sich die Abgeordneten nicht orientieren können, und der Wojewode hat sich hier als der beste Wirt hingestellt, als wenn alles nur ihm zu verdanken wäre. Redner geht dann auf das gegebene Zahlenmaterial ein und erklärt, daß man mit den Zahlen alles beweisen könne, wie mit einem Freudenmädchen, welches jedem zur Verfügung steht. Er verweist auf die Exekutionen, die durchgeführt werden, die beweisen, in was für einer schwierigen Lage wir uns befinden, wovon der Wojewode nichts gesagt habe, auch nichts davon, **wieviel Wechsel zu Protest gehen,** die Beträge werden immer kleiner, aber die Lawine rollt vorwärts und vorwärts. Schuld ist das System Pilsudskis, mit den „Hocki-Plocki“. — Mit den Schulmitteln, die im Budget stehen, könne viel sparsamer gewirtschaftet werden, wenn man die Beamten nicht gleichzeitig als **politische Agitatoren** mißbrauchen würde. Wir haben ja in Polen eine besondere Art von Produktionszweig, und das ist die Schaffung von Pensionären und Rentnern, die man aus ihren Posten, trotz junger Jahre, entfernt, wenn sie politisch nicht zuverlässig sind. Das Gleiche beziehe sich auch auf die Polizei, aber sie wird nicht verstaatlicht, dieses Recht gehört der schlesischen Bevölkerung, aber Ordnung müsse dort geschaffen werden. **Die Minderheit hat ein Recht auf Berücksichtigung ihrer Rechte** und er unterstreiche voll die Forderungen des deutschen Vorredners.

Das Elternrecht müsse garantiert werden, die Schulanmeldungen stehen in keinem Verhältnis zur Zahl der abgegebenen deutschen Stimmen bei den Wahlen.

Hier muß nicht polonisiert und terrorisiert, sondern erzogen werden, denn beim Oberschlesier ist das Nationalgefühl eben

noch nicht durchgedrungen. Die Unterdrückungspolitik sei nur bei den Bolschewiken und bei Mussolini zu suchen, Polen habe andere Mittel, um seine Söhne zu guten polnischen Staatsbürgern zu erziehen. Aber das Recht müsse walten und er wünsche nicht, daß es noch einmal einen solchen skandalösen Prozeß Ulitz gebe. Nicht Revanche, sondern Erziehung sei die Bestrebung und darum Garantie des Elternrechts. Redner wendet sich dann

gegen den betriebenen Wohlfahrtsdienst, mit dem man die Gesinnung notleidender Elemente kauft.

Entschieden müsse er sich gegen die Bezeichnung des „Separatismus“ wenden, dieser werde meistens von galizischen Elementen hineingetragen, von Leuten also, die mit den Oberschlesiern nichts zu tun haben.

Scharf rechnet dann Korfanty mit der **Personalwirtschaft** ab und spricht besonders über die Qualifikationen gewisser Beamter, deren einziger Vorzug die riesigen Autofahrten seien, die im letzten Jahre eine Strecke dreimal um den Aequator zurückgelegt haben. Einzelne Beamte ständen ganz im Sanacjadienst, und ihre Fähigkeiten wären außerordentlich bescheiden. Redner wendet sich weiter gegen die Zeitungskonfiskationen, Versammlungssprengungen und macht hierfür den Wojewoden persönlich verantwortlich. Die Beamten seien nur Agitatoren des heutigen Systems und trieben nur Kult mit dem Wojewoden. Das Programm des Wojewoden wäre eigentlich die Programmlosigkeit, wie die ja aus der ganzen Art des Regierens hervorgehe. Wenn es Matoleks gebe, so seien sie ja nach Oberschlesien importiert, sie ständen dann aber moralisch auf der gleichen Höhe, wie das Sanacjasystem eben nur eine **ganze Unmoral** ist. Nur Recht und Demokratie führen zur Gesundung, und dieser Gesundung wird die Arbeit des Sejms gewidmet sein.

Der Wojewode rechtfertigt

sich hierauf, bezüglich der Zahlen, die der Abg. Korfanty verwendet hat und behauptet, daß sie im Zusammenhang mit den einzelnen Budgetpositionen ständen und durch ein falsches Zitieren naturgemäß ein schlechtes Bild ergeben, wie sie hier Korfanty angewendet hat.

Dr. Grazynski, der Baumeister Schlesiens?

Hierauf ergreift der Führer der Sanacja, **Dr. Pawelec**, das Wort, um dem Wojewoden in allen nur erdenklichen Formen das Hohelied seiner intensiven Tätigkeit zu spenden. Alles, was geschaffen wurde, ist Verdienst Dr. Grazynskis, und erst jetzt komme die Autonomie, nachdem sie vom Wojewoden ausgearbeitet worden ist. Landwirtschaft und Bauwesen blühen. Export muß steigen, ein Westprogramm, wie es die Deutschen im Ostprogramm bekundet haben, muß geschaffen werden, der Wojewode hat dazu jetzt schon die Anregungen gegeben. Eine Deklaration bezüglich des Separatismus wird verlesen, gegen Korfanty als Separatistenpfleger polemisiert und dann verliert sich der Sanacjadoktor in Allgemeinheiten und politischen Weisheiten, die jedem Droschkenkutscher eigen sind. Schließlich noch ein Lob auf das heutige System, und nach einstündiger Rede weiß er wohl eigentlich selbst nicht, was er wollte.

Nunmehr tritt eine Pause ein.

Die Stellungnahme der Sozialisten

Abg. Genosse **Machej**, der nach der Pause das Wort ergreift, wendet sich zunächst gegen die Erklärung des Wojewoden, daß dieser besonders unterstrichen hat, daß er nach wie vor auf dem Boden der Politik der Aufständischen stände. Als kleiner Klub seien die Sozialisten in einer schwierigen Lage und haben in diesem Hause von keiner Seite auf Unterstützung zu rechnen. **Die Sozialisten lehnen jeden Separatismus ab,** er bestehe ja eigentlich auch gar nicht, sondern die Gegensätze zwischen den verschiedenen Volksteilen scheinen ihn zu erzeugen. Darum war auch die Deklaration des Dr. Pawelec überflüssig. Nach den Ausführungen des Wojewoden ist ja alles in Butter, nur müsse man sich wundern, daß das Paradies nicht zu entdecken sei, in welchem wir leben, und wollte es jemand finden, dann müßte er den Staub von den Füßen schütteln und die Wojewodschaft verlassen. Es ist mindestens übertrieben, wenn sich der Wojewode als der beste Wirt hinzustellen beliebt, denn dazu wäre wirklich keine Veranlassung vorhanden. Wir haben Spitäler und keine Kranken, sagt der Wojewode, die Arbeitslosigkeit sei normal und die Regierung sei bemüht, sie zu beheben, Kredite werden an seine Freunde gegeben, und so wird der Autonomie Genüge getan, denn Not und Sorgen leiden seine Freunde nicht. Man kann an gewissen Tatsachen nicht vorbeigehen, und das sind die **Beziehungen zum Aufständischenverband,** die die zweite Regierung bilden und ohne deren Einfluß sind keine Konzessionen zu erlangen, sie üben auf bestimmte Behörden den Einfluß aus, haben aber in Wirklichkeit mit den Aufständischen nicht das Geringste zu tun.

Das System, welches seit 1926 bis 1930 in Polen herrsche, ist ein

Verbrechen am polnischen Staat

und mit diesem System gibt es keine Gesundung aus der Wirtschaftskrise, weil das Ausland eben zu uns kein Vertrauen hat.

Der Sejm sei der Ausdruck dieses Systems, welches mittels Subventionen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zerschlagen hat

und diese Subventionen fließen nur an Kreaturen, die sich gefügig zeigen, wie bestimmte Vereine und Frauengruppen, die man mit Steuergroschen speist, die dem Schweiß der Arbeiterschaft entstammen. Dafür sieht man unter den Subventionen keinen Pfennig für die Arbeiterorganisationen, weil sie sich nicht zu Paraden und Lobhudeleien hergeben, wie dies amtlich gewünscht wird, gefügige Werkzeuge der Oberstengruppe zu sein. Das sind Früchte der kommissarischen Wirtschaft, die jetzt in Polen Platz gegriffen hat.

Wir wünschen ausdrücklich zu betonen, daß wir gegen jede nationale Unterdrückung sind und wünschen, daß sich alle Bürger im polnischen Staat wohlfühlen. Darum geben wir folgende Deklaration zur Kenntnis:

„Das Schlesische Sprachengesetz kam in der Zeit der aufgepeitschten nationalistischen Leidenschaft zustande.

Dieses Sprachgesetz steht im Widerspruch mit der polnischen Verfassung, insbesondere mit den Bestimmungen des Artikels 93, gemäß welcher jedem Bürger ohne Unterschied der Abstammung der Schutz der Nationalität und der Sprache garantiert wird.

Dieses Gesetz steht auch im Widerspruch mit der Bestimmung des Artikels 3 des Organischen Statuts, gemäß welcher alle Einwohner der Wojewodschaft, die das polnische Bürgerrecht besitzen, gleichberechtigt sind.

Es liegt weder im Interesse des Staates, noch der Wojewodschaft, daß sich irgend ein Bürger in seinen Grundrechten verletzt fühlt.

Im Interesse des Staates ist es gelegen, daß jeder auf dessen Gebiete lebende Bürger des Minderheitsvolkes davon überzeugt ist, daß seine Rechte mit den Rechten der polnischen Bürger gleichgestellt sind, damit bei den Bürgern der Minderheitsvölker das Abhängigkeitsverhältnis zur polnischen Republik vertieft werde.

Da das Schlesische Sprachengesetz ein Unrecht für die deutsche Bevölkerung beinhaltet, wird der Sozialistische Abgeordnetenklub die Novellisierung desselben im Geiste des in der Verfassung verbrieften Grundrechtes und des natürlichen, jedem Bürger zustehenden Rechtes, anstreben.“

Zur Autonomie möchte ich nur erklären, daß sie nicht im Organisationsstatut verankert werden konnte, weil die Regierung nichts dazu beigetragen hat. Aber wir haben ja gesehen, daß der Wojewode, entgegen der gesetzlichen Garantie, durch das Autonomiestatut verhindert hat, daß die Wahlordination, welche sich der Schlesische Sejm in letzter Stunde gab, beachtet wird. Wenn man sich das Budget vom Wojewodschaftsrat hat bewilligen lassen, warum auch nicht die Wahlordination, die angeblich verhindert hat, daß Neuwahlen so spät ausgeschrieben wurden. Aus dieser Zeit der heillosen Wirtschaft ohne Budget ist der Beamtenapparat gestiegen und dies entspricht durchaus nicht den Wünschen der Bevölkerung, man muß aber die Beamten besser bezahlen, wenn man von ihnen geordnetes Benehmen zum Publikum fordert. Wenn man sie aber fristlos entläßt und sie obendrein bis 3 Jahre ohne irgendwelche definitive Mitteilung beläßt, so trägt das gewiß nicht zur Förderung des Staatsgedankens bei den Beamten und bei der Bevölkerung bei. Die Autonomie ist mit einem gewissen Geheimnis umgeben, denn man gibt sie wohl nach Warschau, aber nicht zur Kenntnis der Abgeordneten, die sie beschließen sollen und es hat den Anschein, daß man uns auch hier vor vollendete Tatsachen stellen will. Wir wünschen eine offene Politik und wollen wissen, was gespielt wird. Die Finanzverwaltung soll nicht nach dem Buch-

staben vollzogen werden, denn so, wie sie jetzt in der Steuereinziehung gehandhabt wird, führt sie zum Ruin des Mittelstandes und des kleinen Bauern, während sich die Industrie und die großen Landwirte immerhin noch eines gewissen Schutzes erfreuen. **Die Administration läßt viel zu wünschen übrig und die Genossenschaft, die man angeblich von der Regierung fördert, trifft man durch besondere Steuermaßnahmen schwer.** Für die Arbeitslosen, und bezüglich der Sozialgesetzgebung, ist das Budget in jeder Beziehung unzulänglich und wir erwarten hier eine grundlegende Reform. Nach dem Organischen Statut hat die Wojewodschaft für die Armen und Bettler zu sorgen und die Arbeitslosen zählen wir eben zu den Armen, so daß man diese Pflicht nicht auf die Warschauer Regierung abschieben soll, wie es hier der Wojewode getan hat. Hier muß die Autonomie dazu dienen, damit die Arbeitslosen nicht Hungers sterben. Und es geht auch ohne den Hinweis auf die Weltwirtschaftskrise, durch Förderung des Konsums im eigenen Lande. Denn wir produzieren genug Getreide, daß niemand zu hungern braucht, und niemand braucht nackt herumzulaufen, denn in Lodz sind die Lager mit Textilien überfüllt. Aber dazu bedarf es einer anderen Politik, als man uns hier geschildert hat.

Diese Tatsachen beweisen, daß die heutige Regierung unfähig ist, die Situation zu meistern, und dann soll sie das auch offen zugeben. Wir wollen normale Verhältnisse schaffen, das ist aber nur möglich, wenn geordnete Zustände in Polen Platz greifen. Wenn man soviel Geld auf die Polizei verwendet, dann soll man auch für Schulzwecke diese Summen aufwenden. Wir werden uns gegen die Verstaatlichung, obgleich uns die Polizei gleichgültig ist, aber nicht neue Karabiner brauchen wir, sondern

Geld für Arbeitslose

Wenn man schon mit der Polizei in Konflikt kommt, dann lieber mit Schlesiern, als mit irgendwelchen Ukrainern oder Kosaken. Darum wiederholen wir: **Bessere Schulen und Unterricht, nicht aber dauernd Uebungen mit dem Schießgewehr,** bei Lehrlingen in der Fortbildungsschule, die man auch am Sonntag zu Paraden schleppt, nachdem man sie wochentags nur in Religion und Schießen unterrichtet. Bessere Ausbildung in den Schulen und nicht außerhalb der Schulen ist unser Ziel, nicht unter dem Zwang, sondern in völliger Freiheit.

Nur so erzieht man Bürger zum Wohle des Staates und an einem solchen Staat wollen wir arbeiten, aber entgegen dem heutigen System, der Wojewode muß dies selbst erst erkennen.

Die Wünsche der N. P. R.

führt hierauf Abg. Roguszczak an, der im wesentlichen unter stark agitatorischer Betonung die Klagen und Leiden der Bevölkerung wiederholt und den Wojewoden warnt, die Drohungen mit der Auflösung wahrzumachen. Das ziehe heute nicht mehr und würde den Kampf nur auf die Straßen tragen, der sich jetzt im Rahmen des Sejms abspielt.

Die Kommunisten marschieren auf

Abg. **Wieczorek** betont, daß trotz aller schönen Reden eine Interessengemeinschaft zwischen Centrolew und der Sanacja bestehe und daß gegen den Verband der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land mit Terror gearbeitet werde. Wie die Minderheiten, so könne auch die D. S. A. P. keine öffentlichen Versammlungen abhalten und noch heute sei der Ueberfall auf die Frau des deutschen Sozialisten Raiwa in Eichenau ungesühnt. Nur das Proletariat könne sich selbst retten, und helfen könne ihm nur eine Arbeiter- und Bauernregierung. Redner schildert dann eine Reihe von Mißbräuchen, wendet sich gegen die Polizeispitzeleien und will am Ende eine Deklaration verlesen, wird aber vom Sejmmarschall daran gehindert, weil sie mit der Geschäftsordnung im Widerspruch stehe. Mit einem Protest gegen diese Handhabung, erklärt Redner, daß er und sein Fraktionskollege gegen das Budget stimmen und auch noch bestimmte Verbesserungen und Streichungen einbringen werden.

Nach den Ausführungen Wieczoreks ist das Budget in 1. Lesung der Budget-Kommission überwiesen worden.

Hierauf verliest der Sejmmarschall eine Reihe von Anträgen, eine sozialistische Interpellation und schließlich einige Hundert Anträge auf Subventionen, worauf die Tagesordnung gegen 10¼ Uhr erschöpft ist. Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen.

Polnisch-Schlesien

Die portofreie „Amtssache“ aus Kroschyn

Ein polnischer Pfarrer streckt seine Hand nach der sozialistischen Kasse aus. Das ist kein Märchen, was wir hier erzählen, denn das beruht auf Wahrheit. Glück wird er dabei nicht haben und zwar nicht nur deshalb, weil wir grundsätzlich ablehnen, mit unseren Arbeitergroschen die Kassen eines Pfarrers zu füllen, aber noch aus dem einfachen Grunde, weil unsere Kasse leer ist. Das Geld scheint es zu wissen, daß wir seine Abschaffung anstreben und bleibt bei uns nicht kleben. Wenn sich auch hie und da paar Groschen in die sozialistische Kasse, bezw. in die sozialistischen Taschen verirren, so strecken sich danach mehrere dutzend Hände aus und in dem nächsten Moment haben wir nur Leinwand in unseren Taschen und in den Kassen ein Bündel Papier.

Bei einem Pfarrer freilich, da liegen die Dinge ganz anders. Dort liebt man das Geld, mehr noch, als das Himmelreich und dort hält sich auch das Geld. Und wo Geld beständig liegt, dort kommt immer mehr hinzu. Der Geldsack schwillt immer mehr an und das Herz des Pfarrers und noch mehr das Herz der Pfarrköchin, lacht nur so im Leibe. Das ist der Unterschied zwischen dem Geldsack der Sozialisten und jenem eines Pfarrers. Aber kehren wir zur Sache zurück.

Am vergangenen Freitag bringt uns da der gute Mann von der Post ein „Pismo“, das richtig und einwandfrei adressiert war: „Do Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Katowice, ul. Dworcowa 11“. In der oberen rechten Ecke steht ein Stempelabdruck: „Sprawa urzendowa wolna od oplaty pocztowej“ (Eine portofreie Amtsangelegenheit). In der linken unteren Ecke ist folgendes zu lesen: L 430/e Ks. Proboszcz Kroschyn K/Baranowicz (Z. 430/e Geistl. Pfarrer, Kroschyn bei Baranowicze). Jetzt wissen wir Bescheid. Ein Pfarrer in Kroschyn bei Baranowicze hat in Kattowitz die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei entdeckt und richtet an sie ein Schreiben. Jedenfalls eine große Ehre die uns da zuteil wurde, denn wir gestehen, daß die Herrn Pfarrer an uns sehr selten schreiben, und wenn sie das ab und zu tun, so machen sie das durch ihren Rechtsanwalt. Ein klein wenig irritiert uns nur der Stempelabdruck über die portofreie Amtssache, denn sowas verspricht nichts Gutes.

Aber wir öffnen das Schreiben und sehen zu unserem Erstaunen eine Druckschrift, eine „Odeswa“ vor uns, die doch ganz gut als Drucksache geschickt werden konnte, wir meinen sparsamkeitshalber. Aber wir lesen geduldig die „Odeswa“ und erfahren daraus, daß ein Pfarrer Borodzicz in Kroschyn bei Baranowicze in der Wojewodschaft Pinsk eine neue schöne Kirche baut und sehr dringend das Geld für diese Zwecke braucht. Er hat schon die ganze Welt abgeklopft, bis er sich auch der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Kattowitz erinnerte und eine „Amtschrift“ an sie richtete.

Die „Odeswa“ veranschaulicht uns die alte und die neue Kirche. Die alte Kirche sieht scheunenartig aus, die neue dagegen könnte selbst in Kattowitz neben dem neuen Wojewodschaftsgebäude stehen. Sie hat drei Türme, denn davon kann eine Kirche nie genug haben. Acht Bauern bestätigen dem Pfarrer, daß er es mit dem Kirchenbau sehr ernst meint und wir glauben ihm das auch. Das ersieht man schon aus der „Odeswa“, die sich auf der zweiten Seite in eine Sammelliste umgewandelt hat. Man soll nur den Namen und den Geldbetrag eintragen und nach Kroschyn schicken. Dafür kommt man dann viel schneller in den Himmel, denn wie die „Odeswa“ versichert, werden die braven Kroschyner für den Geldgeber zum lieben Gott beten. Ihre gute Absicht soll hier auch nicht angezweifelt werden, denn sie haben im Beten eine Uebung und eine Litanei mehr oder weniger spielt dort in dem fernen Osten keine große Rolle mehr. Sie bringen das im Schlafe fertig.

Leider muß die Kirche in Kroschyn ohne unsere Hilfe fertiggestellt werden. Warum, das haben wir gleich zu Beginn gesagt. Das Geld meint es nicht gut mit uns, hält sich bei uns nicht auf und wir können nichts zeichnen. Dafür müssen wir die „portofreien Amtssachen“ und noch viele andere überflüssigen Dinge bezahlen. Das ist schon so unser Los... —

„Arbeiterfreundlichkeit“

Den Lesern des „Volkswille“ ist es bekannt, daß die Sozialisten im Sejm bereits verschiedene Projekte eingebracht haben. Die ersten Verhandlungen der Sozialkommission zeigen, daß sie bei den bürgerlichen Vertretern auf Schwierigkeiten stoßen. Der Regierungsvertreter ist gegen die Anträge der Sozialisten, weil sie eine Ausgabe von etwa 27 Millionen erfordern würden und die bürgerlichen Parteien, weil angeblich keine Deckung vorhanden ist. Als Genosse Adamek nun den Antrag stellte, daß die Budgetkommission diese Beträge aus Streichungen überflüssiger Positionen beschaffen müsse, stimmte man den Antrag nieder und es erwies sich, daß sowohl der Vertreter der **Deutschen Wahlgemeinschaft,** Abg. Pawlas, als auch der Repräsentant des Korfantyblocks, Abg. Sikora, früher **N. P. R.,** die schärfsten Gegner der Anträge der Sozialisten sind. Den Herren kommt es vor allem darauf an, unter keinen Umständen es dazu kommen zu lassen, daß man öffentlich zugeben muß, daß die Sozialisten ihre Wahlversprechungen realisieren, während sie selbst für die Arbeitslosen nichts, aber auch nichts unternehmen.

Wir wollen heute auf nähere Einzelheiten nicht eingehen. Wir stellen nur fest, daß wir bei der Wahlagitation dem Bürgertum genügend die Masken gelüftet haben, indem wir feststellen, daß die Vertreter der besitzenden Stände, ob Deutsche oder Polen, nicht daran denken, den Wünschen der Arbeiterklasse nachzukommen. Die Kommunisten, die soviel versprachen, nehmen an den Sitzungen der Sozialkommission nicht einmal informatorischen Anteil, aber nach außen spielen sie ihre Arbeiterfreundlichkeit aus.

Nun mag die Arbeiterklasse selbst urteilen, was sie von Wahlversprechungen zu erwarten hat.

Die Genossen in Stadt und Land haben aber die heilige Pflicht, über diese Tatsachen die breiten Massen aufzuklären und zu zeigen, wer das Los der breiten Massen, der Arbeitslosen verteidigt und ihre Interessen wahrnimmt.

Die schlesischen Baumeister gegen den Wojewoden

In der Budgetrede hat der Wojewode über die Vergebung der Bau- und Erdarbeiten an die ortsansässigen schlesischen Firmen gesagt, daß man nicht zulassen kann, daß uns bei der Vergebung der Arbeiten das Fell heruntergezogen wird. Uns bindet die Instruktion über die öffentliche Ausschreibung der Arbeiten über die das staatliche Kontrollamt wacht. Sehr groß sind die Unterschiede in den einzelnen Offerten. Bei manchen Objekten kommen Differenzen bis zu 500 000 Zloty vor. Dadurch hat der Wojewode ausgedrückt, daß die schlesischen Firmen viel teurer sind als die auswärtigen Firmen, und daß die schlesischen Firmen der Wojewodschaft das Fell über die Ohren ziehen und werden aus diesem Grunde bei der Vergebung der Arbeiten übergangen.

Die schlesischen Firmen protestieren gegen die Erklärung des Wojewoden und führen an, daß es umgekehrt der Fall ist, denn nicht die Firmen der Wojewodschaft sondern die Wojewodschaft den Firmen das Fell herunterziehe. Dann beschweren sich die schlesischen Firmen, daß die Wojewodschaftsabteilung für öffentliche Arbeiten, die Kostenvoranschläge nicht gewissenhaft ausarbeite, was eine Orientierung sehr erschwere. Kein einziger schlesischer Unternehmer hat bis jetzt verlangt, daß die Wojewodschaft von der Ausschreibung der Arbeiten Abstand nehmen soll.

Sexta des Minderheits-Gymnasiums Katowice

Die Sexta des Minderheits-Gymnasiums in Katowice wird wegen zu geringer Zahl von Anmeldungen nicht eröffnet. Wir raten den Eltern, sich mit einem Gesuch an die Wojewodschaft, zwecks Aufnahme ihrer Kinder in eine andere Anstalt zu wenden.

Die hellen Nächte

Der 21. Mai, der bereits hinter uns liegt, ist ein bemerkenswerter Tag. An diesem Tag nämlich geht die Sonne zum ersten Male vor 4 Uhr auf, und zwar um 3.58 Uhr. Am 12. Juni erreicht sie bei 3.30 Uhr den Höhepunkt und hält sich auf ihm ununterbrochen bis zum 23. Juni. Am 24. Juni werden wir sagen können, daß die „Sonne wieder abnimmt", denn an diesem Tage geht sie um 3.40 Uhr auf, also eine Minute später als am Tage vorher. Die 4-Uhr-Grenze erreicht sie dann wieder am 18. Juli, so daß in der Zeit vom 21. Mai bis zum 18. Juli die Sonne bereits von 4 Uhr früh aufgeht. Aehnlich ist es mit dem Untergang der Sonne. Hier ist die achte Abendstunde bedeutsam. Am 24. Mai ging die Sonne zum ersten Male erst um 8 Uhr unter und am 20. Juni wird sie mit dem um 8.24 Uhr, also kurz vor 8½ Uhr erfolgenden Untergang den Höhepunkt des Jahres erreichen, den sie ununterbrochen bis zum 1. Juli behält. Am 2. Juli beginnt der Abstieg, denn dann geht sie um 8.23 unter. Am 27. Juli wird sie zum ersten Male wieder vor 8 Uhr untergehen.

Somit sind wir in die Zeit der hellen Nächte eingetreten, die im Juni und Juli bei klarem Himmel besonders eindrucksvoll in Erscheinung treten. Die absolut längsten Tage sind der 20., 21., 22. und 23. Juni, an denen die Sonne um 3.39 Uhr auf- und um 8.24 Uhr untergeht.

Kattowitz und Umgebung

10jähriger Knabe vom Auto angefahren. Grobe Fahrlässigkeit ließ sich ein Chauffeur zu schulden kommen, welcher auf der verlängerten ulica Kosciuszki in Kattowitz den 10jährigen Schulknaben Konrad Renkaczewski anfuhr und erheblich verletzte. Ohne sich um den Verunglückten zu bekümmern, setzte der Autolenker, welcher sich über die grobe Fahrlässigkeit zu schulden kommen ließ, die Fahrt fort. Der Polizei gelang es inzwischen die Nummer des Autos festzustellen. x.

Autozusammenprall in Kattowitz. An der Straßenkreuzung der ulica Sienkiewicza und ulica Jagiellonska prallte das Personenauto Sl. 9091 mit dem Auto Sl. 7214 zusammen, wobei der zweite Kraftwagen, welcher Eigentum des Arztes Dr. Hlond ist, umkippte. Es wurden 4 Scheiben zertrümmert und der Kotflügel beschädigt. Personen sind bei dem Autozusammenprall zum Glück nicht verletzt worden. Eine in der Nähe vorübergehende Frauensperson brach vor Schreck bewußtlos zusammen. Die Schuldfrage steht z. Zt. nicht fest. x.

Schwerbestrafter Vandalismus. Vor dem Kattowitzer Landgericht hatte sich der Franz B. aus Wilkowy, Kreis Pleß, zu verantworten. In Schnapslaune und recht übermütiger Stimmung knickte der Täter eines Tages auf der Chaussee zwei Obstbäumchen und wurde deshalb zu Anzeige gebracht. Laut Anklageakt wurden dem B. 25 derartige Fälle zur Last gelegt. B. bestritt eine Schuld energisch und erklärte, daß er sich zu der fraglichen Zeit mit mehreren Freunden auf einer Wiese befunden hat. Durch die Aussagen eines der geladenen Zeugen wurde der Angeklagte belastet. Es wurde ihm Vandalismus in 2 Fällen nachgewiesen. Es zeigte sich, das der Uebermütige im Schnapsdusel seine Kräfte an den schwachen Bäumchen erproben wollten und diese vernichtete. Die weiteren Fälle konnten dem Beklagten nicht nachgewiesen werden. Der Staatsanwalt beantragte für den Täter eine Geldstrafe von 30 Zloty. Das Gericht verurteilte das Tun des Angeklagten auf das schärfste und erkannte auf eine exemplarische Bestrafung. Das Urteil lautete wegen Vernichtung von Obstbäumchen auf öffentlichen Wegen auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Nur weil der Angeklagte bis jetzt noch unbestraft war, wurde eine Bewährungsfrist von drei Jahren zugebilligt. x.

Diebe am „Werk". Reiche Diebesbeute machten bis jetzt unbekannte Täter, welche aus der Wohnung des Julius Grünpeter auf der ulica Francuska 17 silbernes Tischbesteck, Leuchter, goldene Ringe, sowie eine große Menge Herrengarderobe stahlen. Der Schaden steht z. Z. nicht fest. Nach den Einbrechern wird gefahndet. x.

Königshütte und Umgebung

Pensionsauszahlungen. Am Mittwoch werden im Lohnbüro der Hüttenverwaltung an der ulica Ks. Skargi an die Invaliden die Renten zur Auszahlung gebracht. Als Ausweis und zur Abstempelung sind dem auszahlenden Beamten die Rentenkarten vorzulegen. Die Auszahlung der Renten an die Witwen und Waisen erfolgt am Montag, den 30. Juni, im Meldeamt der Werkstättenverwaltung an der ulica Bytomska.

Jetzt jeden Freitag Ringkonzerte. Die an jedem Montag bis jetzt von der Musikkapelle des 75. Infanterie-Regiments in den Ringanlagen abgehaltenen Konzerte, finden aus besonderen Gründen bis auf weiteres an jedem Freitag statt.

Ein Minister im Pfaffenrock

Berufung des geistlichen Professors Zongallowicz auf den Vizeministerposten im Kultusministerium Schlachta u. Pfaffen beherrschen das demokratische Polen — Die Arbeiter ohne jeglichen Einfluß im Staate

Seit dem in Nieswierz der Marschall Pilsudski die polnische Schlachta zur „Mitarbeit" im Staate eingeladen hat, kam das polnische konservative Element zur Geltung. Vor dem Maiumsturz blühte dieses Element im Verborgenen und traute sich nicht in die Oeffentlichkeit zu treten. Das Sündenregister dieser Sippschaft, das an dem Volke begangen wurde, war zu groß. Hat doch die polnische Schlachta das polnische Vaterland, die nationale Freiheit des polnischen Volkes vor 160 Jahren verjubelt und verkauft. Keine Sozialschichtung in Polen, nicht einmal die polnische Rechte, die nach der nationalen Wiedergeburt im Staate etwas zu sagen hatte, traute sich, die polnische Schlachta zur Mitarbeit, zu einer aktiven Betätigung in der Politik einzuladen. Die Konservativen sind im Volke verhaßt und niemand glaubte an ihre politische Auferstehung. Erst nach dem Maiumsturz wurde dieses Wunder vollbracht und jetzt begegnen wir häufig einer sonderbaren Erscheinung in Polen, daß ein Schlachzic in seinen Gutsbesitzungen wie ein König auf dem Throne sitzt und sein Standeskollege die Wojewodschaft verwaltet. Da können wir 99 gegen 1 wetten, daß in einer solchen Wojewodschaft der Bolschewismus nichts ausrichten wird. Kommunistenprozesse kommen in einer solchen Wojewodschaft allerdings sehr häufig vor, denn jeder Landarbeiter, der sich nicht mißhandeln läßt, bezw. einen höheren Lohn verlangt und als Mensch und nicht als Sklave gelten will, wird zum „Kommunisten" gestempelt und der Polizei ausgeliefert, die ihm dann den „Kommunismus" austreibt.

Die polnische Schlachta greift immer mehr aktiv in das öffentliche Leben im Staate ein. Sie bestimmt die Agrarpolitik des polnischen Staates. Sie hat seit Herbst vorigen Jahres 21 Millionen Zloty Ausfuhrprämien für Getreide eingesteckt aus unseren Steuergroschen. Sie erhält von der Bank Rolny Kredite, so viel sie nur haben will. Sie bestimmt die polnische Außenpolitik, hauptsächlich die wirtschaftlichen Verträge, die Polen mit den Auslandsstaaten tätigt. Sie mischt sich in die Innenpolitik des Staates ein und zuletzt nahm sie sich fürsorglich des Schulwesens an. Doch ist das ein Kapitel für sich, das wir noch in einem besonderen Artikel ausführlich behandeln werden. Die Schule und die Kirche sollen als „Reinigungsstätten" gegen den Radikalismus und Bolschewismus dienen und der Lehrer dem Pfaffen ganz unterstellt werden.

Jetzt kommt aus Warschau die Meldung, daß der Ministerrat in Warschau den Beschluß gefaßt hat, den geistlichen Rat und Professor der Theologie Zongallowicz in Wilna zum Staatssekretär im Kultusministerium zu ernennen. Das Nominierungsdekret wird demnächst dem Staatspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt. Das ist der erste Fall seit Polen die Unabhängigkeit erlangt hat, daß ein Geistlicher zum Vizeminister ernannt wurde. Im Moment, als die Nachricht über die Bestellung Zongallowicz zum Vizeminister bekannt wurde, war man geneigt daran zu glauben, daß die Sanacjaregierung sich durch diese Nominierung vor den Angriffen gegen die Rechtsklerikalen schützen wollte. Haben doch die polnischen klerikalen Rechtsparteien einen Mißtrauensvotumantrag im Warschauer Sejm gegen den jetzigen Kultusminister Czerwinski eingebracht, weil er angeblich den Radikalismus in den Volksschulen duldet. Mag sein, daß diese Motive bei der Nominierung auch eine Rolle gespielt haben, aber ausschlaggebend waren sie nicht. Ausschlaggebend war nämlich die Forderung des konservativen Flügels des Sanacjalagers, der polnischen Schlachta. Hinter der Nominierung steht Fürst Radziwill und der Kardinal Kakowski. In den letzten Monaten machte sich in der polnischen Schlachta eine rege Bewegung für die Verpfaffung der Volksschule bemerkbar und da die Schlachta dem Kultusminister nicht traut, diesen aber als „Soldaten des Marschalls Pilsudski" nicht anzurühren wagte, hat sie durchgesetzt, daß ein Geistlicher zum Vizeminister im Kultusministerium ernannt wurde. Zongallowicz wird sich lediglich der Schule annehmen und daß er sie gründlich klerikalisieren wird, liegt klar auf der Hand.

Jetzt werden die Klerikalen in Polen das Maul nicht mehr aufreißen können. Auch Korfanty, der für die Klerikalisierung der Volksschule schwärmte, wird verstummen müssen. Allerdings wurde sein Wunsch nur teilweise berücksichtigt, denn Zongallowicz ist zweifellos ein guter Sanator, a la Kupilas in Polnisch-Oberschlesien. Er wird die Schule verpfaffen und dabei in das Sanacjahorn tuten.

Siemianowitz

Wer erteilt Auskunft? Seit dem 19. d. Mts. wird der geistesschwache 19jährige Emil Gera von der ulica Piastowska 15 vermißt. Der Vermißte ist 168 Zentimeter groß, hat dunkelblondes Haar, graue Augen, längliches Gesicht, dicke Nase und beherrscht die deutsche und polnische Sprache. Gera trägt einen braunen Anzug, grauen Hut und braune Halbschuhe. Alle diejenigen Personen, welche über den jetzigen Aufenthalt des Verschwundenen irgendwelche Auskünfte machen können, werden ersucht, sich unverzüglich bei der nächsten Polizeistelle zu melden. X.

Warum der Schulneubau eingestellt wurde? Wir konnten neulich berichten, daß der Michalkowitzer Schulanbau erst nach 3jähriger Bauzeit beendet werden konnte, da die Bauzuschüsse seitens der Wojewodschaft sehr spärlich einliefen. Dasselbe Schicksal scheint dem Schulneubau in Siemianowitz, auf der Hugostraße zu blühen. Der so eifrig betriebene Bau scheint plötzlich nicht zu pressieren, denn er mußte eingestellt werden, weil die Wojewodschaft mit den Baugeldern zurückhält und die Baumeister leider nicht in der Lage sind, welche vorzuschießen. Trotzdem ein Besuch von Kattowitz vor 3 Wochen bereits Abhilfe versprach, ist diese bis heut nicht erfolgt. Auch scheint sich der ausführende Baumeister in der Kalkulation geirrt zu haben, denn der Bau soll einem anderen Bauausführenden zugeteilt werden. Jedenfalls ist es nicht immer richtig, dem billigsten Offertenbewerber den Zuschlag zu geben. So wird sich die Gemeindevertretung in der nächsten Sitzung auch mit einem Nachtrag zu dem Neubau des Feuerlöschdepots beschäftigen. Dort ist der Kostenanschlag von 95 000 Zloty um 22 000 Zloty überschritten worden und zwar nur für die Mauerausführung allein.

Schwierige Straßenregulierunugen. Die Kohlenstraße in Siemianowitz ist fast in ihrem ganzen Teil auf eine Breite von 6 Metern gebracht worden. Es wird aber nicht an allen Stellen möglich werden, die Bürgersteige in der Baufluchtlinie anzulegen. Die Verbreiterung der Einfahrt zu dieser Straße, welche an dieser Stelle nur 3 Meter breit ist, macht insofern Schwierigkeiten, als dort eine Stallung angekauft und beseitigt werden muß. Der Anschaffungswert dürfte die Gemeinde 12 000 Zloty kosten. Desgleichen treten Schwierigkeiten bei der Durchlegung der neuen Verbindungsstraße von der Michalkowitzerstraße, dem Klausnitzer Schlafhaus nach der Hohenzollenstraße auf. Die Beseitigung des Verkaufskiost ist bereits vorgenommen, desgleichen wird das alte Mauerwerk eines ehemaligen Schuppens beseitigt. Schwierigkeiten treten bei der weiteren Regulierung insofern auf, als ein Teil verschiedener älterer Gebäude abgebrochen werden muß. Das Bernatzkische Grundstück dürfte ganz verschwinden. Ueber den Ankauf seitens der Gemeinde schweben bereits Verhandlungen.

Myslowitz

Ein Hinterhaus in Flammen. Gestern morgen um 3 Uhr, wurden die Bewohner von Myslowitz durch die Feuersirenen aus dem Schlafe geweckt. An der Plesserstraße brannte das Hinterhaus des Besitzers Prof. Wojniarowski. Den gemeinsamen Löscharbeiten der Feuerwehren und den Einwohnern ist es zu verdanken, daß das Feuer an Umfang nicht zunahm. Wie verlautet, soll es sich in diesem Falle um einen Racheakt handeln. Die Myslowitzer Polizei hat diesbezgl. Schritte unternommen, um den Fall aufzuklären. Beim Eifer der Arbeit wurde dem Vizebrandmeister Dudek das Fahrrad gestohlen, was eine große Gemeinheit im Angesicht der Hilfsbereitschaft bei Feuersbrünsten darstellt. Der Dieb soll aus Sosnowitz stammen. —h.

Schoppinitz. (Verkehrsunfall.) Auf der ulica 3-go Maja kam es zwischen einem Motorradfahrer und einem Radler zu einem Zusammenstoß. Bei diesem kam die Gertrud T., welche sich am Soziussitz befand, zu Fall, und erlitt Verletzungen. X.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Gemeindevertretersitzung von Schwientochlowitz.

Den Bericht über die letzte Gemeindevertretersitzung, welcher verspätet eingetroffen ist, bringen wir in der heutigen Nummer.

Nach Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen wurde der verstorbene Gemeindevertreter Jajszczok durch Erheben von den Plätzen geehrt. Punkt 2 der Tagesordnung ist in der Weise erledigt, daß die Dienstwohnung des früheren Gemeindeboten Rybarek für den Preis von 500 Zloty neu renoviert wird. Der Antrag auf Gewährung von Mitteln zwecks Errichtung eines Altars auf der Vogtstraße 19 zum Fronleichnamstage löste eine scharfe Debatte aus. Gemeindevertreter Sowa (D. S. A. P.) wandte sich gegen die Art versteckter Subventionen für die Kirche, die gegenwärtig im Gelde schwimmt und noch immer zu wenig davon hat. Da jedoch die große klerikale Mehrheit in der Gemeinde ausschlaggebend ist, warf man für diesen Zweck 1500 Zloty aus. Für den Bau einer neuen Schule beschloß man eine Anleihe von 250 000 Zloty bei niedrigster Verzinsung (2½ Prozent) aufzunehmen. Das Haus der Abwickelungsstelle im Ortsteil Eintrachthütte war gleichfalls Gegenstand einer ausgiebigen Debatte. Der Besitzer, welcher die Gemeinde Nowy-Bytom ist, fordert jetzt eine erhebliche Mietserhöhung. Da diese Erhöhung als unberechtigt angesehen wurde, nahm man einen Vorschlag an, mit der Gemeinde Friedenshütte zwecks Ankauf dieses Häuschens in Verhandlungen einzutreten. In die Gesundheitskommission wurde der hiesige Arzt Dr. Wojcieszyn gewählt.

Wie in jeder Sitzung, so lagen auch diesmal eine Menge Subventionsanträge vor. Den Brieftaubenzüchtern schenkte man 100 Zloty, den „Harzer" Wandervögeln sogar 200 Zloty für Ausflugszwecke.

Außerdem trat die Gemeinde dem Emigrantenklub mit einem jährlichen Beitrag von 100 Zloty und dem Gegengasschutzverein mit einem solchen von 12 Zloty bei. Ferner lag ein Antrag des Bauvereins für die neue Kolonie der Beamten vor. Dieser ging dahin, daß die Gemeinde dort die Augenbeleuchtung in Stärke von 15 Lampen finanzieren solle. Hierzu wurde beschlossen, einen Sachverständigen zur Prüfung der Angelegenheit hinzuzuziehen. Außerdem wurden noch die Spesensätze für die Gemeindebeamten, entsprechend dem Kommentar des Ministerrates, geändert. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, wurden an den Gemeindevorsteher verschiedene Anfragen gestellt, die z. T. die Pflasterungsarbeiten und verschiedene Beschwerden der Einwohner betrafen. Namentlich die Verzögerung der Arbeiten auf der Hauptstraße war bezeichnend für die Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates.

Antonienhütte. (Wieder ein Opfer des Badens.) In einem der Ziegeleiteiche ist beim Baden der 15jährige Arbeiter Johann Stremp aus Bielschowitz ertrunken. Es erfolgte seine Ueberführung in die Leichenhalle des Knappschaftslazaretts in Bielschowitz. X.

Pleß und Umgebung

Etwas über das Nikolaier Krankenhaus. In Nikolai ist auch ein Knappschaftslazarett der Plessischen Gruben vorhanden, deren Lage wohl für alles andere, nur nicht für ein Krankenhaus geeignet ist. Nämlich befindet sich in der Nähe desselben eine chemische Fabrik, aus welcher giftige Schwaden Salzsäure entströmen, die nicht nur den vorübergehenden Passanten auf die Atemorgane beschwerlich sind, sondern auch den Kranken des Spitals arg zusetzen. Auf der anderen Seite ist es wiederum die nach Kattowitz führende Landstraße, wo die zahlreich verkehrenden Autos den Staub aufwirbeln und die Luft des Umkreises, in welchem auch das Knappschaftslazarett mit dem Garten zu finden ist, stark verpesten. Schon früher, als der vorherige Chefarzt dem Spital vorstand, sind gegen angeführte Mängel Beschwerden eingereicht worden. Als Antwort wurde den Beschwerdeführern der Bescheid zuteil, daß all dem nicht mehr abzuhelfen ist, was wohl bei etwas gutem Willen nicht sein brauchte. Und zwar ist in diesem Jahre das Lazarett duruch einen umfangreichen Neubau vergrößert worden. Anstatt, daß in einer günstigeren Gegend ein neues Spital erbaut werden sollte, wird das alte Gebäude, daß sich nicht mal als Familienwohnhaus eignen täte, vergrößert, damit noch mehr Kranke, hauptsächlich Lungenkranke, ihren gesundheitlichen Zustand verschlechtern; denn die mit Staub und verschiedenen Bazillen durchsetzte Luft, giftige Schwaden chemischer Erzeugnisse und die verpesteten Dünste des in der Nähe befindenden Teiches fördern doch nicht die Gesundheit. Hoffentlich genügen diese Zeilen dazu, daß die Verwaltung die weiteren Schritte zur Beseitigung dieser Mängel unternimmt.

8000 Rote Falken reisen

Trotz großer Geldschwierigkeiten errichtet die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde auch in diesem Jahre wieder eine Reihe von Kinderrepubliken. Die Vorarbeiten für diese sind bereits seit Schluß der vorjährigen Zeltlager im Gange und geben die volle Gewähr für die gute Durchführung unseres Lagerplanes. In allen Bezirken fanden und finden besondere **Helferschulungskurse** und Besprechungen der verantwortlichen Mitarbeiter statt. Ueberall scherrscht bester Arbeitseifer. Die Gestaltung des Lagerlebens und der Lagereinrichtungen soll auf Grund der bisherigen Erfahrungen weiter gefördert werden. An allen Vorbereitungsarbeiten beteiligen sich die Roten Falken sehr lebhaft.

Die Kinderrepubliken sind nicht ohne diese aktive Mitarbeit aller möglich. Neben den allgemeinen und selbstverständlichen Aufgaben der Kinderrepubliken hat jedes einzelne Lager seine besonderen noch zu lösen. Es wurden folgende Lager errichtet:

„Kinderrepublik Bayern“ im Schlierseegebiet. Bayern ist schwieriger Boden für unsere Bewegung. Die Aufgabe ist, für die Kinderfreundebewegung zu werben, die Freunde in ihrer Zuneigung und Hilfsbereitschaft zu stärken, die Gegner aber zu überzeugen, daß unsere Arbeit bester Dienst am Arbeiterkind, Dienst an der Zukunft unseres Volkes ist.

Die **Kinderrepublik „Lübecker Bucht“** wird unser größtes Lager sein. Ueber 2000 Jung- und Rote Falken, auch der größte Teil der Schlesier, treffen sich dort. Es gilt einmal zu versuchen, wieweit es möglich ist, die Jungfalken zu Formen der Selbstverwaltung innerhalb des Lagers zu bringen und die Grenzen der Selbstverwaltung der Roten Falken zu finden und auszuprobieren. Die Ergebnisse dieses Lagers werden wichtig für die weitere Gestaltung unserer Kinderrepubliken sein.

Die **Kinderrepublik „Kärnten“ am Keutschacher See** wird zur einen Hälfte von österreichischen, zur anderen von reichsdeutschen, darunter auch vielen schlesischen Roten Falken bewohnt. Ueber 400 Falken und Helfer werden mit ebensovielen österreichischen vier Wochen gemeinsam leben und den Gedanken der Zusammengehörigkeit fördern und stärken.

Die **Kinderrepubliken Rhein** I und II auf der Insel **Namedy** haben die Aufgabe, das weiter zu pflegen, was im vergangenen Jahre bereits dort zurückgelassen wurde. Es sind nach Beendigung der Rheinlager 1929 sehr viel gehässige Verleumdungen aufzuklären gewesen. Die beste Widerlegung ist die sichtbare Tat.

Die **Kinderrepubliken Schweiz** 1 und 2 am **Thumer See** dienen der Förderung und der Zusammenarbeit mit der jungen Kinderfreundebewegung in der Schweiz. Es werden über 2000 deutsche Falken vier Wochen mit den schweizerischen Arbeiterkinder in diesem Lager sein. Sie müssen den Gedanken der Völkerverbindung, der Internationale dienen und werden durch ihre Haltung für unsere Bewegung und Ziele werben.

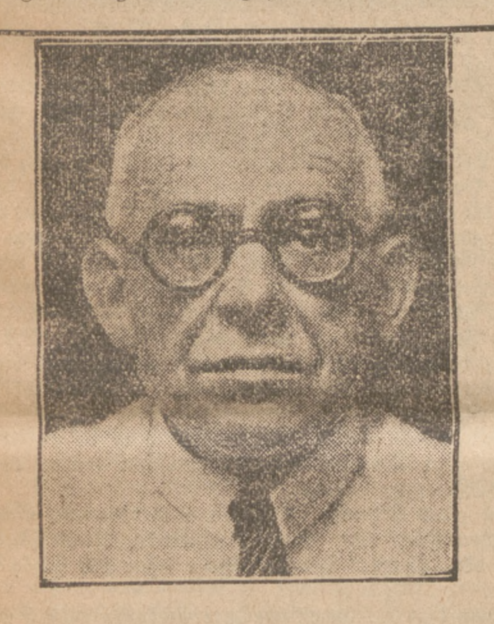
Es sind bisher über 8000 Lagerteilnehmer fest gemeldet. Die Unkosten sind insgesamt mindestens 400 000 Mark. Bei der riesigen Arbeitslosigkeit einerseits, der Sparwut vieler Behörden andererseits, wird die Aufbringung dieser Summe für die Arbeiterkinder schwer sein. Es werden die organisierten Arbeiter sein, die auch hier ihre Solidarität zu beweisen haben, und sie werden sie beweisen. Wer hätte jemals daran gedacht, daß Arbeiterkinder in so großer Anzahl an den Rhein von Sachsen, Thüringen, an die Ostsee von den Binnenländern, in die Schweiz von Berlin, Brandenburg, Hessen, nach Kärnten von Brandenburg — um nur einige Lager zu nennen — aus Mitteln der Arbeiter selbst kommen könnten.

Wie in den vergangenen Jahren, so sind auch in diesem Jahre schönste Gegenden als Lagerplätze ausgesucht. Daß in gesundheitlicher Hinsicht die Zeltlager ihren Zweck erfüllen werden, ist nach den Erfahrungen unserer Lagerarbeit selbstverständlich.



Ein Rückblick auf die überstandene Leidenszeit des Rheinlandes

Unter dem Schutze französischer Truppen glaubten die Separatisten, ihre vaterlandsfeindlichen Pläne durchsetzen zu können, und es bedurfte der ganzen Kraft der vaterlandstreuen Bevölkerung, ihre Heimat gegen das Schicksal einer Losreißung vom Reich zu verteidigen: wie im Kriege erhoben sich Stacheldrahtverhaue (n unserm Bilde vor dem Rathaus von Neuß), hinter denen um das Schicksal des Rheinlandes gekämpft wurde.



Hans Brennert

der Verfasser zahlreicher heiterer Erzählungen, Lustspiele und Operettenlibrettos, feiert am 24. Juni seinen 60. Geburtstag.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice, Verlag und Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Geschichten von Liebermann

Max Liebermann, der berühmte Maler, wirkt mit seiner temperamentvollen und überlegenen Art auch heute noch ganz außergewöhnlich auf alle, die mit ihm zusammenkommen. Als er die Siebzig herankommen sah, sagte Liebermann: „Als ich jung war, konnte ich so alte Knaben, wie ich jetzt einer bin, nicht leiden. Ich ärgere mich wütend über mein Alter.“ Dabei ist der Meister, der vor mehreren Jahren in das neunte Jahrzehnt seines Lebens hineinschritt, immer noch ein Anreger, ein vorwärtsweisender Führer. Von Liebermann als Mensch und Künstler zeugen seine eigenen Aussprüche, wie sie Hans Ostwald in dem soeben bei Paul Franke in Berlin erschienenen, mit 270 Bildern ausgestatteten „Liebermann-Buch“ festhält. Dort sind die bezeichnendsten Aussprüche des Künstlers dessen schlagfertiger Witz niemals seine Berliner Herkunft verleugnet, zusammengetragen.

Bezeichnend für die Einstellung Liebermanns zu seiner Kunst ist die Aeußerung zu einem Käufer, der ihn zur Vielmalerei verführen wollte: „Wissen Sie, lieber Herr, ich bin nicht mit der Kunst verheiratet, ich habe ein Verhältnis mit ihr.“

Unzählig sind die schlagfertigen, drastischen Antworten und Aussprüche Liebermanns. Eine Dame hat ihn besucht und verabschiedet sich: „Herr Professor, das war die schönste Stunde meines Lebens.“ Liebermann: „Na, junge Frau, das wollen wir nicht hoffen.“

Liebermann ist eines Tages in Gesellschaft mit einem berühmten Komponisten zusammen, der gerade zum fünften Male geheiratet hat und seine neue Gattin der Gesellschaft vorführt. Liebermann wird vom Hausherrn gefragt, ob er nicht dieser neuen Gattin des großen Tonkünstlers vorgestellt zu werden wünsche. „Nee, danke“, antwortet der Meister, „die überspring' ick.“

Zu einem Porträtmodell, das mit der Aehnlichkeit nicht recht zufrieden war, soll Liebermann gesagt haben: „Wissen Sie, ich habe Sie ähnlicher gemacht, als Sie sind.“

Max Liebermann war bei Lovis Corinth zu Besuch. Neugierig wandelten seine Augen über den Zeichentisch des Kollegen. Plötzlich rief er erstaunt: Wat — Se ham een' Radiergummi?“

Zu Liebermann sagte einmal ein begeisterter Kritiker: „Meister, je mehr ich mich in die Kunst versenke, desto klarer wird mir: Es gibt nur zwei große Maler, Velasquez und Sie!“ Darauf Liebermann: „Wat denn, wat denn, wieso Velasquez?“

Das schönste Wort aber, das Liebermann über künstlerische Dinge gesagt hat, äußerte er vor Rembrandts „Nachtwache“: „Wenn man Frans Hals sieht, bekommt man Lust zum Malen, wenn man Rembrandt sieht, möchte man es aufgeben.“

Kaiserliche Antwort

Unter der Regierung Peters des Großen überreichten die Stände Finnlands dem Zaren ein Gesuch, in dem sie flehentlich die Aufhebung einiger drückender Kronabgaben erbaten. Der Herrscher schrieb unter das Gesuch jene Worte, die später dem Dichter des „Götz von Berlichingen“ beim deutschen Volke eine große Berühmtheit verschafft haben. — Erst nach weiteren hundert Jahren erneuerten die finnischen Stände ihr Gesuch. Katharina die Große ließ sich den Akt herbeischaffen, sah den Vermerk ihres erlauchten Vorgängers und schrieb dazu: „Leider Gottes kann ich ihnen als Frau nicht einmal das bieten.“

Boston

Roman von Upton Sinclair

48)

Aber dieser Bann galt nur für Damen! Jerry Walker, der seinen Weg als Laufbursche begonnen hatte, unterhielt sich gern mit Cornelia über diese Zeit; und wie ihm der Gouverneur dazu verholfen hatte, etwas zu werden. Er sprach gern über sein riesiges Unternehmen, das er eben nach einem neuen System organisierte. Nicht zufrieden damit, daß er alle Filzfabriken Neu-England in seiner Hand vereinigte, hatte er eine Reihe von Werken gegründet, die alles, was nur aus Filz gemacht werden konnte, herstellten, — Schuhe, Hüte, Krankenhausartikel; er hatte eine Handelsunternehmung, die diese Artikel vertrieb, und ruhte nicht, ehe er Detailläden, ja selbst die Schafe, die ihm die Wolle lieferten, in seinen Besitz bekam. Dies alles betrieb er mit größtem Eifer; — ein kräftiger kleiner Mann mit borstigem gelben Haar. Er verfügte über ein hohes Maß von Selbstvertrauen, war ein großartiger Organisator, was er selbst genau wußte und oft genug selbst sagte, indem er noch manche Prophezeiungen hinzufügte. Eine höchst gefährliche Eigenschaft in Neu-England, wo alles aus Geheimnissen besteht, und wo man sich Leute, die viel reden, instinktiv fernhält. Cornelia erinnerte sich jener letzten Aussprache zwischen ihrem Gatten und Rupert Alvin, wobei es sich um Jerry Walker und seine Filzfabrik gehandelt hatte. Es war leicht begreiflich, weshalb Rupert eine solche Kampfstellung gegenüber dem redseligen Außenseiter angenommen hatte, und daß er ihm die Macht über eine so große Industrie Neu-Englands mißgönnte.

Jetzt mußte Jerry Walker sein Geschäft den Kriegszwecken anpassen, und er hatte für Staatsaufträge große Mengen Rohmaterials einzukaufen. Er mußte rasch kaufen, denn die Wollpreise stiegen von Tag zu Tag; aber es war ihm nicht möglich, den nötigen Bankkredit zu bekommen. Jeder andere bekam ihn, alle, einer nach dem anderen, von ihm aber verlangten die Bankgewaltigen, ihnen faktisch sein Geschäft auszuliefern.

So wirkte sich eine Situation aus, die Cornelia sehr wohl kannte; aber sie hatte kein Recht, darüber zu sprechen, nicht einmal zu Betty. Betty hatte durch Lucile von Mr. Walkers Sorgen gehört und war in einer peinlichen Lage, denn unter denen, die die Knute schwangen, befanden sich ihr eigener Vater und ihr Onkel John Quincy Thornwell, Präsident der Fifth National Bank. „Großmutter, ich verstehe nicht viel vom Bankwesen, und du wohl auch nicht, aber ich kann mir nicht helfen, ich glaube, es herrscht da eine schreckliche Protektionswirtschaft. Mr. Walker hat niemals einem Klub in Warvard angehört, und seine Frau gehört nicht zum „Nähzirkel“! Glaubst du, daß es das ist?“

Cornelia erwiderte: „Einmal habe ich Großonkel Abner sagen hören, das Bankgeschäft sei die ureigenste Domäne der Blaublütigen, eine Futterkrippe für ihre Söhne, Neffen und Vettern.“

„Aber Großmutter, das ist nicht anständig! Vater und Onkel John, die alles Geld, das sie brauchen, von ihren eigenen Banken bekommen können —“

„Nein, Liebling, das können sie nicht, — das wäre gegen das Gesetz.“

„Es wäre aber nicht gegen das Gesetz, wenn einer es dem anderen liehe, nicht wahr? Oder Onkel James, oder einem anderen Mitglied der Familie? Sicherlich hört man niemals, daß die Thornwells für ihre Textilwerke nach Kredit hätten anstehen müssen. Und Mr. Walker ist ein fähiger Mann, der sein Geschäft durch harte Arbeit und nicht durch Familienprotektion groß gemacht hat. Ich würde mit Vater darüber sprechen, wenn ich glaubte, es könnte helfen.“

„Nein, Liebling, besser, du mischt dich nicht hinein. Deine Eltern würden sagen, die Walkers nützten dich aus.“

„Ich denke, das ist auch der Grund, warum man es nicht leiden kann, daß ich sie besuche. Ich sollte niemand kennen als die Leute, die bei uns zu Tisch geladen werden.“

Cornelia lachte. „Ja, liebes Kind, man kommt in Verlegenheit, wenn man mit Leuten befreundet ist, die dazu ausersehen sind, „geschlachtet“ zu werden.“

8.

Herbst 1917. Rings um Cornelia die ungeheure Geschäftigkeit der Kriegsvorbereitungen, und dabei eine sehr geringe geistige Bereitschaft, dem entgegenzuwirken.

Konnte in diesem größten und grausamsten aller Kriege die Situation die gleiche sein wie in früheren Kriegen? Um Antwort auf diese Frage zu bekommen, mußte Cornelia wieder das Negerdienstmädchen kommen lassen und Quincy Thornwell zum Essen einladen. Man verwechsle Quincy nicht mit seinem älteren Bruder John Quincy, denn diese beiden Söhne Großonkel Abners waren durchaus verschiedene Geschöpfe. John, der Bankmann, galt für den verschwiegensten Mann in ganz Boston. Quincy hingegen lebte buchstäblich vom Hin- und Herschwätzen, zwanzig Jahre lang hatte er den Gesprächen in der Familie und bei seinen Freunden zugehört und ihr Im-Voraus-Wissen an der Börse in ein schönes Vermögen umgesetzt. Seine verlebten Züge waren voll Sarkasmus, und wenn man zur Familie gehörte, so konnte man von ihm die erquicklichsten Geschichten erzählt bekommen.

Quincy kam überallhin und traf mit jedermann zusammen. Er konnte erzählen, was in der vorigen Woche der britische Botschafter zu Major Higginson gesagt hatte. Vorgestern abend hatte er in Fenway-Hof gegessen, im Palais der exzentrischen und geistreichen Mrs. Jack Gardner, und hatte dort Sir Leslie Buttock getroffen, den letzten aus der Reihe britischer Propagandisten, die gekommen waren, um die amerikanische Plutokratie zu faszinieren und auf sie Eindruck zu machen. Sir Leslie machte eben die transkontinentale Tour, und wenn er den Champagner eines Bankiers in Minneapolis gelobt hatte, oder die Zigarren eines Schiffsbauers in Seattle, war so ein Provinzler für den Rest seines Lebens ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft geworden; der Preis betrug fünf — zehn — zwanzig Milliarden, — niemand wußte genau, wieviel — die dazu verwendet wurden, die Ausdehnung des britischen Imperiums zu verdoppeln.

Vor einem Menschenalter oder noch früher war „Mrs. Jack“ ausgezogen, um mit den Millionen, die ein großes Warenhaus abwarf, die Bostoner Gesellschaft einzufangen. Eine lebhafte kleine Person, mit den Manieren und den Sitten des Kontinents, hatte sie die Back-Bay in unbeschreiblichen Schrecken versetzt; wenn ihr das Temperament durchging, so setzte es Flüche, wie sie nur englische Aristokraten kennen. Doch sie ging nach Europa und stand auf Du und Du mit königlichen Hoheiten, bis man sie telegraphisch nach Hause rief; sie kaufte berühmte Gemälde, baute sich ein Palais in dem damaligen Vorort Fenway und drehte den Sittenstrengen eine lange Nase. Jetzt war sie eine alte Dame, seit Jahrzehnten bekannt und berüchtigt, die anerkannte Führerin der mondänen Welt.

(Fortsetzung folgt.)

Sklaven des Kautschuks

Von dem Negerdichter Pierre Maran sind im Verlage Albin Michel, Paris, zwei Bücher erschienen, die in Frankreich großes Aufsehen erregten. Der Verfasser wendet sich in seinen Schilderungen rücksichtslos gegen die Greuel in den französischen Kolonien. Folgende Uebersetzung ist ein Auszug aus dem Buche „Djouma, der Hund der Wildnis".

Männer, Frauen und Kinder tragen in Körben die Ernte ihres Dorfes zur Station. Die Häuptlinge werden mit ihren Familien aufgerufen und einer nach dem anderen gehen sie an die Wage, ihren Kautschuk abwiegen zu lassen.

Der Kommandant händigt jedem ein Stück Papier aus. Im Befehlston macht er je nach Gewicht seine guten oder schlechten Bemerkungen.

Die Eingeborenen entfernen sich mit den Papieren, darauf das Gewicht des abgelieferten Kautschuks angegeben ist, in die Richtung der Faktorei.

Allmählich vereinsamt der kahle, gelbe Platz vor der Station

Batoula wird als letzter aufgerufen.

Die Soldaten überzählten die Reihe der Körbe und zeigen ein breites Grinsen.

„Soll das dein ganzer Kautschuk sein?" hänselt der Sergeant Sandoukou.

Der Kommandant verbietet Batouala den Mund.

„Ich bin absolut nicht zufrieden mit dir!... Ganz und gar nicht! — Ist das ein Gewicht? — Schämst du dich nicht? — Aber wir wissen! . . . Wir erfahren täglich, daß du der widerspenstigste Dickkopf des Bizirks bist! — Wir haben Befehl, auf dich besonders achtzugeben! — Ich dulde keine Widerrede! — Nagele das in deinem Schädel fest! — Zum letzten Male will ich Gnade vor Recht gehen lassen und dich unter der Bedingung nicht bestrafen, daß du in Zukunft mindestens das doppelte Gewicht lieferst!"

„Eh! . . . Par! . . . Pardon! . . , Kommando! , , , Eh! , , ," stammelt Batouala mit aufgeregten Händen und kann sich erst nach einer Weile beruhigen.

„Jawohl! Mein Kommandat! — Ich habe verstanden! — Ich verspreche du sollst dich in Zukunft nicht mehr beklagen!"

„Schweig, du Sohn einer Hündin! Du farbiges Stück Mist!" beeilt sich der Sergeant Sandoukon die Worte des Kommandanten deutlicher zu machen.

Hilfesuchend gegen die handgreiflichen Flüche des Sergeanten wendet sich Batouala an den Offizier.

„Eh! . . . Par! . . . Pardon! . . , Kommanda! , , , Eh! , , ,"

„Wirst du dein Maul halten, du schwarzes Biest! — Was fällt dir ein, dem Kommandanten mitten ins Wort zu fallen?" brüllt der Sergeant und schwingt seine Fäuste.

Batouala schweigt. Sein Körper zittert.

Dann wiederholt der Sergeant die Ansprache des Kommandanten:

„Paß auf! Schwarzer Mist! Was dir der Kommandant gesagt hat! — Bis heute Abend hast du hier abzuliefern ein halbes Dutzend Hühner und ein Ziegenlamm! — Wehe dir, wenn du dabei nicht an die Soldaten denkst! — Du weißt also, wenn nicht! . . . Außerdem wird die Schwester deines Bruders, des Fischers Macoudee, meine Frau! — Ich brauche sie sofort! — Der Kommandant hat mir gesagt, nimm sie, wenn sie dir gefällt! — Und komm her mit deinen Ohren an meinen Mund damit du mich besser verstehst! — Lieferst du von jetzt ab nicht regelmäßig das doppelte Gewicht Kautschuk, versilbern wir erstens deine Frauen und Kinder! — Zweitens reißen wir deine Pflanzungen nieder! — Drittens vertilgen wir deine Hühner! Die Enten und Ziegen dazu! Viertens stecken wir deine Hütten in Brand! — Und dann, dann sperren wir dich ein! — Verstanden? — Das hat dir der Kommandant gesagt!"

Batouala dreht und windet sich vor Entrüstung.

„Hältst du die Schnauze, du Hundesohn! — Hältst du . . ." brüllt Sandoukou.

Batouala wehrt sich verzweifelt.

„Nein, das hat der Kommandant nicht gesagt! — Nein! — Er hat gesagt . . ."

Da springt der Sergeant dem Häuptling an die Kehle . . .

„Boula! . . . Bandi! . . . Ali! . . ,"

Drei Kolonialsoldaten kommen aus der Station gesprungen.

„Weg mit dem Schwein, in den Kasten!" kommandiert Sandoukou wutschnaubend und er benutzt die drei Soldaten als Zeugen, um dem Kommandanten zu erklären:

„Mein Kommandant! — Batouala, dieser Dreckhäuptling, kommt immerzu mit demselben Pallaver! — Immer, immer, immerzu!"

Da der Kommandant keine Lust zeigt, etwas zu erwidern, beruft sich der Sergeant nochmals auf seine geriebenen Zeugen:

„Kommandant! Er hat dich beleidigt! Schwer, schwer, beleidigt in seiner Schweinesprache! — Es macht ihm Spaß, den großmäuligen Häuptling zu spielen, aber wir werden ihm das Maul stopfen! — Dienst ist Dienst! . . . Weg mit ihm in den Kasten!"

Im Gesicht des Kommandanten wechselt das Blut. Seine Backenmuskeln spannen sich und wütend springt er auf sein Opfer, krallt seine Fingernägel in die nackten Schultern und schüttelt den Schwarzen hin und her, der wie ein Tier dasteht und nicht begreift, was geschieht.

„Du Sauhund! . . . Du Schweinehund! . . . Du Misthund! . . . Jaja! — Es stimmt, was sie sagen, nur mit dem Knüppel soll man mit euch sprechen! — Du wagst mich zu verhöhnen und zu beleidigen? — Jeder andere Kommandant hätte dir mit dem abgelieferten Kautschuk solange um die Ohren gehauen, bis mehr dagelegen hätte! — Bei einer so miserablen Ablieferung habe ich schon morgen meine Anschnauzer von den Kommandanten in Krebedje und Banjui zu erwarten! — Und du wagst mich auszulachen?"

Die Stimme des Kommandanten überschlägt sich vor Haß und Wut.

„Weißt du nicht, daß wir Kommandanten mit dem Gewicht des abgelieferten Kautschuk im Dienstgrad und in der Entlöhnung steigen und fallen? — Das weißt du nicht? — Weißt du überhaupt, wer du bist? — Hier existiert kein Häuptling Batouala! — Jeder Schwarze ist Arbeiter . . . ist der Sklave des Weißen! — Verstanden? — Der Sklave! — Und nichts mehr! — Wenn du hier versuchst, den Idioten zu markieren, dann . . ."

Der Kommandant macht den Soldaten ein Zeichen.

„Vierzehn Tage Wellblech und 100 Franken Geldstrafe! — Verstanden, Batouala? — Vierzehn Tage Wellblech und 100 Franken! — Sind die 100 Franken nicht beizeiten bezahlt, verdoppele ich die vierzehn Tage! — Verstanden, Batouala? — Verfluchte Schweinerei! — Wer rottet dieses Ungeziefer aus der Welt?"

Djouna, der rothaarige Hund Batouala, sitzt schwanzwedelnd neben seinem Herrn, bleckt die Zähne und sieht scharf den weißen Mann an, der seine Flüche in die Erde stampft.

„Wem gehört dieses Biest von Hund?" stößt der Kommandant mit dem Fuß nach dem Tier. „Ich will diese Biester nicht sehen! — Hunde und Neger! Ein und derselbe Dreck! . . . Weg damit! — Hunde und Neger! Ein und derselbe Dreck! . . . Weg damit! — Sofort!"

Steinwürfe . . . Hundegeheul und Gekläff! . . .

Inzwischen kommen die abgefertigten Häuptlinge aufgeregt aus der Faktorei.

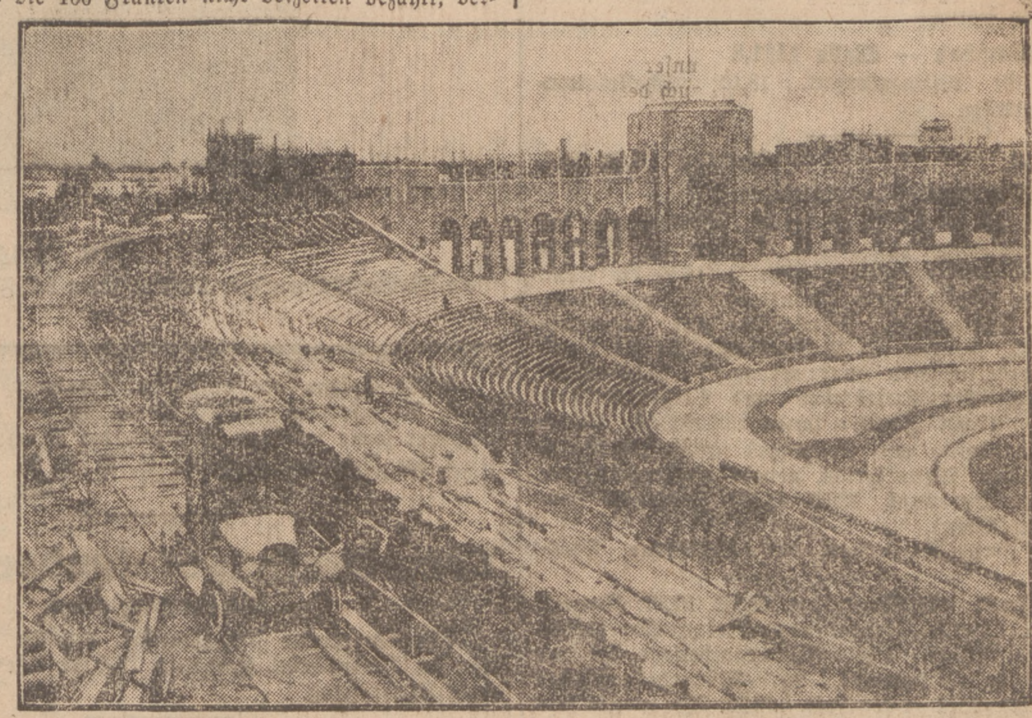
Die ewige Taschenspielerei!

Sie zählen den ausbezahlten Betrag für den abgelieferten Kautschuk von einer Hand in die andere und gehen hinüber zur Station, die Kopfsteuer für ihre Sippen zu bezahlen.

Zwei Soldaten führen Batouala ab.

Im weiten Bogen kommt der Hund durch die Umzäunung zu den Wellblechbaracken gekrochen. Er findet seinen schwarzen Herrn und Batouala streichelt das gute Tier.

(Berechtigte Uebersetzung von C. P. Hiesgen.)



Die Vorbereitungen für die Olympischen Spiele 1932

die in Los Angeles (Kalifornien) abgehalten werden: das dortige Stadion wird in mustergültiger Weise umgebaut und so vergrößert, daß es 105 000 Zuschauschauern Platz bieten wird.



Friedrich von Motz 100 Jahre tot

Der Begründer des deutschen Zollwesens.

Friedrich Christian Adolph von Motz, der sich als preußischer Staats- und Finanzminister durch seine Teilnahme an dem großen Werk des deutschen Zollvereins hervorragende Verdienste erworben hatte, ist vor 100 Jahren, am 30. Juni 1830, zu Berlin verstorben.

Werbekunst

oder:

Der Text unserer Anzeigen.

Von Kurt Tucholsky.

„Sags ihr mit Schmus!"
Henry Ford.

Die hängenden Gärten der Semiramis waren ein Weltwunder. Auch heute noch läßt die Dame von Welt ihren Büstenhalter nur ungern auf dem zierlich gedeckten Frühstückstisch liegen. Sie sollte in der Tat nie versäumen, ihn anzulegen; unsachgemäße Behandlung der überaus empfindlichen Haut verstärkt einen Mangel, an dem schon manches Herzensbündnis jäh zerschellt ist. Welch ein Staunen, wenn ein Geschenk auf dem Gabentisch liegt, das mit vornehmem Takt einen geheimen Wunsch errät! Schenken Sie „Tetons Büstenformer", Marke „Eierbecher"!

*

Die blaue Stunde des Harems naht heran, vom nahen Minarett ertönt der Gesang des bärtigen Moslems, der dort Allah ehrt, und die zarten Wölkchen der Zigaretten kräuseln sich um die entschleierten Angesichter schwarzäugiger Türkinnen. Der Fachmann atmet ihren Duft ein und spürt sofort am blauen Dunst: „Die gute Haberland-Zigarette!" Unsere besonders bewährten Fachleute eilen im fernen Osten von Tabakfeld zu Tabakfeld und graben selbst die zarten Tabakpflänzchen ein, ordnen die Blätter in alphabetischer Reihenfolge und überwachen ihre sachgemäße Mischung mit den guten heimischen Kräutern der Uckermark. Es ist uns gelungen, den Herstellungspreis unserer Qualitätszigarette auf 2 Pfennig herunterzudrücken. Versuchen Sie also unsere 15-Pfennig-Zigarette „Bilanz" und Sie werden eine Zigarette finden, die, edel, schnittig und rassig im Format, ein vornehmes Geschenk darstellt. Keine Qualität, nur Ausstattung!

*

Was kann es nur sein? denkt sich jener Tänzer, um den sich früher die reizvollsten Erscheinungen der großen Salons geschart haben, während er heute allein und verlassen in der Ecke sitzt. Ist es der Tabakgeruch, den er ausströmt? Oder gar andre Charakterfehler? Nein! Der junge, elegante Mann hat leider vergessen, einen Hosenknopf zu schließen, und indigniert und beschämt sehen die Damen von Geschmack beiseite, weil ein inkonsequenter Charakter auf Frauen keinen Eindruck hervorzuzaubern versteht. Gebrauchen Sie „Automatos", den selbsttätigen Reißverschluß, und ihre Haut wird niemals spröde und rissig werden.

*

Ein problematisches Symbol ist für so viele die sitzende Lebensführung bei ernster Berufsarbeit im Amt und Büro. Unsere Zeit ist eine Uebergangszeit, und trutzig ragt manches deutsche Standbild in die deutsche Geschichte, Erinnerung und Wahrzeichen an harte Kriegsläufte und stolze Kämpfe um städtische Freiheit. Daher sollten auch Sie nicht versäumen, „Lissauers Stuhlzäpfchen" zu gebrauchen, die, rassig, edel und einfach in vornehmer Linienführung, dem Geist unserer Zeit entsprechen.

*

Die Flaschen unseres Jahreskonsums aufeinandergestellt, ergeben die Höhe der Kölner Synagogenspitze. Nur eine Sektmarke, international anerkannte Qualität, schnittig, edel und rassig im Geschmack, vermag sich solche Anerkennung zu erringen. Ein zarter Fichtennadelgeschmack ermöglicht es, unseren in Deutschland auf Flaschen gefüllten Sekt auch als Badezusatz zu verwenden.

*

Gehört diese Geste noch in unsere Zeit? So fragen wir uns, wenn wir den deutschen Ritter Götz von Berlichingen am Burgfenster stehen sehen. Der tadellos gepflegte Hauptmann, dem er seinen Gruß hinausruft, wird seiner Aufforderung wohl nicht Folge leisten; sicher ist, daß kein starres Gesetz ihm dies vorschreibt. Jedem ist dieser Ausdruck der Verehrung nach eigenem Gefühl überlassen. Wenn aber das Mittelalter schon unser „Altes Lavendel" gekannt hätte, wird dieses Gefühl zum Gesetz. Verlangen Sie die kreuzweise Packung.

*

Im Banne der Liebe ermüdet man leicht. Die Nerven sind aufs höchste angespannt; die Luft im Raum ist heiß, drückend und schwül mit ü. In solchen Augenblicken erfrischt nichts so sehr wie eine Tasse klare Nudelbouillon, die Sie aus „Lubarschs Suppenwürfel" gewinnen können. Ein Täßchen heißer Brühe bringt Ruhe und Sicherheit, vielleicht das Glück!

*

Wenn Baby die Tintenflasche ausgetrunken hat, geben Sie ihm einen Bogen von Hermann Burtes Löschpapier zu essen. Dieses Mittel wird von den Kleinen erfahrungsgemäß gern genommen, und auch durchnäßte Erwachsene profitieren häufig davon. Gepflegte Kinder in gut bürgerlichen Haushalten sollten von Zeit zu Zeit diese Kur machen — der kleine Steppke, den Sie hier im Bilde sehen, weiß seit seiner Geburt nicht, was Feuchtigkeit ist. Kein Volk ohne Löschpapier. Hermann Burte u. Hans Grimm, Löschpapier en gros.

*

Temperamentvolle Frauen halten sich bedeutend länger, wenn man sie nachts auf den Frigidaire legt; sie bleiben auf diese Weise schmackhaft und bekömmlich in jeder Jahreszeit. Die andauernd gleiche und trockne Atmosphäre konserviert jede Dame von Welt; unser Kühlapparat wird an gesundheitlicher Wirkung von keiner Ehe übertroffen.

*

Mehr als ein Souvenir — ein Zaubermittel wie vom Hexenmeister Cagliostro ist Rosens Toilettepapier. Edel, rassig und schnittig in der Linie, hat es sich rasch in der Aristokratie, der Eleganz eingeschmeichelt. Vergessen Sie nicht, bevor Sie das zierlich gebundene Paketchen verschenken, die Ecken der einzelnen Blätter umzubiegen; Sie geben dadurch Ihrem Geschenk eine persönliche Note.

*

„Ach, wers ihr doch sagen könnte!" — so jung, so schön und schon so gemieden! Menschen mit unreinem Hauch, selbst wenn er dem Munde entströmt, sind einsam. Unter anderem sträubt sich meine Feder, mehr zu sagen: Das junge Mädchen hat nicht „Eukel" verwendet, und daher wagt niemand, ihr mit Anträgen zu nahen, denen doch gerade ein sportgeübtes Girl unserer Zeit gefaßt entgegensehen könnte. Schicken Sie uns Ihre Zähne ein — Sie erhalten sie postwendend gereinigt zurück, blitzend und blendend weiß.

*

Wenn Sie im Kranz Ihrer Geschäftsfreunde und schöner Frauen bei wohlgepflegtem, schäumendem Sekt sitzen, während Ihr behaglicher, vornehmer und taktvoller Haushalt Sie umgibt, dann vergessen Sie nicht, unsern Luxusapparat „Kokmes" bei der Hand zu haben. Die faszinierende Wirkung Ihrer festlichen Geselligkeit wird dadurch noch erhöht; keine elegante und gepflegte Frau von Welt ist ohne denselben denkbar. „Kokmes" ist ohne jede schädliche Nebenwirkung, weil es überhaupt keine hat. Wir fabrizieren es nur, um die hohen Anzeigenpreise wieder hereinzubringen, und wir inserieren, um fabrizieren zu können. Und so symbolisieren wir, was uns am meisten am Herzen liegt: die deutsche Wirtschaft —!

(Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Ernst Nowohlt, Berlin, dem Buche „Das Lächeln der Mona Lisa" von Kurt Tucholski, entnommen.)

Der Salonwagen des österreichischen Bundespräsidenten entgleist

Wien. Montag morgens entgleiste in einer Station bei Loeben in Steiermark der letzte Wagen eines D-Zuges. In diesem Wagen, einem Salonwagen, befanden sich Bundespräsident Miklas, Minister Innitzer, der Präsident des Nationalrates, Dr. Gürtler und der Leiter des Volksgesundheitsamtes, Sektionschef Dr. Scherer, die zur Eröffnung eines vom Land Steiermark erbauten Kurhauses fuhren. Die Entgleisung erfolgte infolge vorzeitigen Umstellens der Weiche. Der D-Zug wurde sofort zum Stehen gebracht. Die Schienen wurden aufgerissen, der Salonwagen erlitt jedoch keine Beschädigungen. Seine Insassen blieben unverletzt und konnten die Reise fortsetzen.



Kattowitz — Welle 408,7

Mittwoch. 12,05: Volkstümliches Konzert. 15,35: Vortrag. 16: Verschiedene Uebertragung, nach den Uebertragungen Plauderei in französischer Sprache.

Warschau — Welle 1411,8

Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 13,10: Schallplattenkonzert. 15,35: Vorträge.

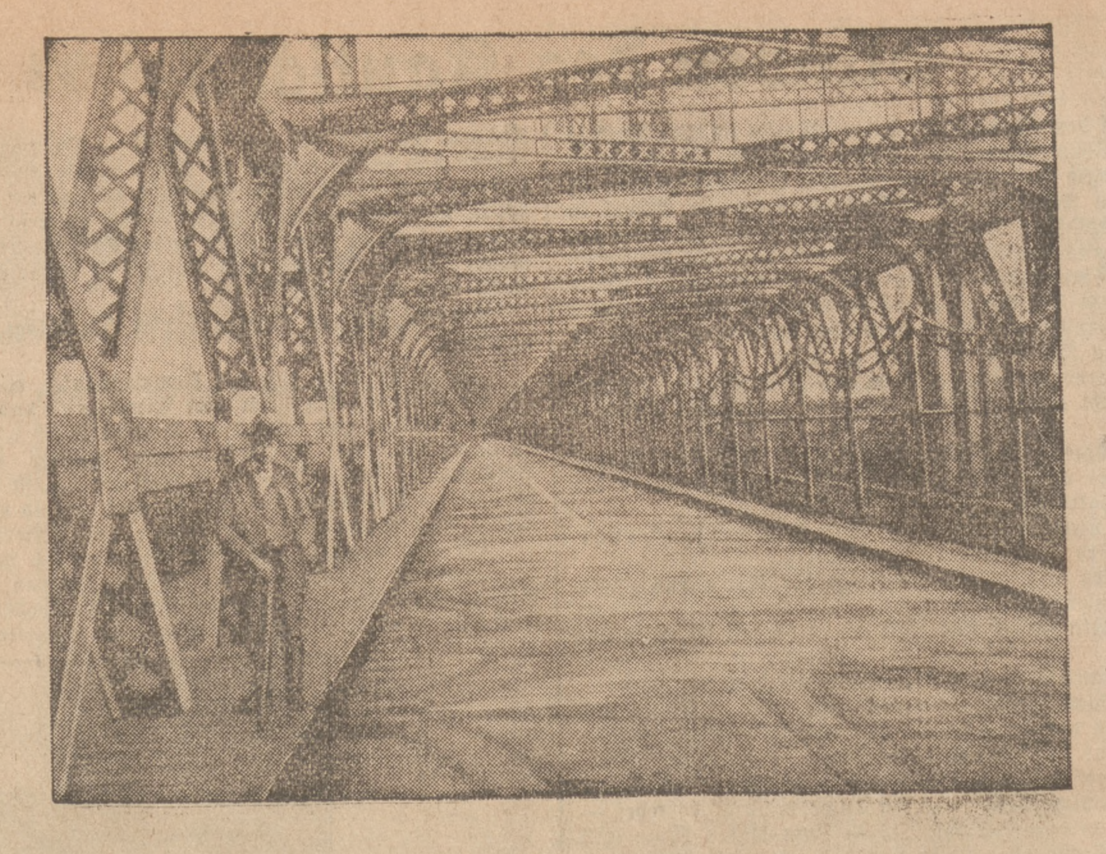
Gleiwitz Welle 253. **Breslau Welle 325.**

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13,06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15,35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19,20: Wetterbericht. 22,00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24,00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Mittwoch, 25. Juni: 16: Stunde der Musik. 16,30: Konzert. 17,30: Elternstunde. 18,15: Stunde der Naturwissenschaften. 18,40: Aus Gleiwitz: Sport. 19,05: Wettervorhersage für den nächsten Tag. 19,05: Abendmusik. 20: Wiederholung der Wettervorhersage. 20: Blick in die Zeit. 20,30: Wie wollen Sie unterhalten sein? Durch Käte Mann? oder 21,15: Durch die Hagenbeck-Tierschau? oder 21,50: Durch Hans Reimann? 22,25: Die Abendberichte. 22,50: Funkrechtlicher Briefkasten. Beantwortung funkrechtlicher Anfragen.



Die längste Eisenbahnbrücke in Europa

ein Meisterstück deutscher Technik, führt bei Fordon über die Weichsel. Die große Schwesternbrücke bei Münsterwalde wurde von den Polen abgerissen.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

An die Ortsgruppen und Mitglieder des Bundes für Arbeiterbildung.

Laut § 8 findet die diesjährige Delegiertenversammlung am 13. 7. 1930, vormittags 9½ Uhr, im großen Saale des Volkshauses in Königshütte statt. Die Tagesordnung umfaßt:

1. Begrüßung.
2. Berichte. a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) des Bibliothekars, d) der Revisoren.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Anträge.

Zu dieser Delegiertenversammlung werden eingeladen:

1. laut § 8 der Bundesvorstand mit der Revisionskommission.
2. für jede Ortsgruppe entfallen auf jeden angeschlossenen Kulturverein sowie die gesamten Einzelmitglieder 2 Delegierte, sowie der Vorsitzende und Kassierer der Ortsgruppe selbst.
3. die Spitzen der einzelnen Berufsverbände der im A. D. G. B. zusammengefaßten Gewerkschaften, mit mindestens 1 Vertreter sowie je einem Vertreter der Ortsausschüsse.
4. der Bezirksvorstand der D. S. A. P.

Der Bundesvorstand.

Versammlungskalender

Arbeiter-Sängerbund.

Chorführerkursus am Sonntag, den 29. 6., vormittags 9 Uhr, im Zentralhotel Kattowitz. Ab 11 Uhr vormittags Bundesvorstandssitzung.

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowitz.

Dienstag: Volkstanzabend.
Donnerstag: Unterhaltungsabend.
Freitag: Volkstanzüben.
Sonnabend: Vorstandssitzung.
Sonntag: Fahrt nach Anhalt.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Dienstag, den 24. Juni 1930: Heimabend.
Mittwoch, den 25. Juni 1930: Spiele auf dem Sportplatz.
Donnerstag, den 26. Juni 1930: Spielabend auf dem Redenberg.
Freitag, den 27. Juni 1930: Diskussionsabend.
Sonnabend, den 28. Juni 1930: Falkenabend.
Sonntag, den 29. Juni 1930: „Fahrt". Wohin wird noch bekanntgegeben.

Kattowitz. (Kinderfreunde.) Am Mittwoch, den 25. Juni, abends 7 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels eine Versammlung statt, in welcher die Fahrt ins Zeltlager Lübeck behandelt wird. Alle Eltern, auch der Kinder, die aus Laurahütte fahren, sowie Parteigenossen- und genossinnen usw. sind herzlichst eingeladen. Freundschaft.

Kattowitz. (Transportarbeiterverband.) Am Sonntag, den 29. Juni, vormittags 9½ Uhr, findet im Zentralhotel eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Außerdem werden auch die Mitglieder des Maschinisten- und Heizerverbandes auf die am Donnerstag um 6 Uhr abends im Tivoli stattfindende gemeinsame Versammlung der polnischen und deutschen Transportarbeiter aufmerksam gemacht. Es spricht Kollege Fimmen von der Internationale der Transportarbeiterverbände. Zahlreichen Besuch erwartet die Bezirksleitung.

Königshütte. (Mitgliederversammlung der D. S. A. P.) Am Freitag, den 27. Juni, abends 7,30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses die fällige Mitgliederversammlung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei statt. Als Referent erscheint Genosse Matzke. Die Mitglieder werden um zahlreiche und pünktliche Beteiligung ersucht.

Königshütte. (Maschinisten und Heizer.) Am Freitag, den 27. Juni, abends 6 Uhr, findet im Volkshaus die fällige Mitgliederversammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Königshütter. (Arbeiterwohlfahrt.) Am Dienstag, den 24. d. Mts., Ausflug nach dem Chorzower Wäldchen. Treffpunkt 6 Uhr früh Volkshaus.

Rosdzin-Schoppinitz. (D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.) Am Donnerstag, den 26. d. Mts., nachmittag um 4½ Uhr, findet im Lokal bei Freund eine wichtige Versammlung statt. Referent: Genosse Kowoll.

Siemianowitz. (Frauengruppe Arbeiterwohlfahrt.) Am Donnerstag, den 26. Juni, abends 6 Uhr, findet bei Herrn Kosdon eine Frauenversammlung statt. Die Frauen der Mitglieder der Freien Gewerkschaften sind dazu herzlichst eingeladen. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Als Referentin erscheint Gen. Sollosch aus Beuthen.

Rydultau. Am Sonntag, den 29. Juni, vormittags 10 Uhr, im bekannten Lokal Versammlung des Bergbauindustriearbeiterverbandes. Referent Koll. Knappik.

Obszary. Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 2 Uhr, Versammlung des Bergbauindustriearbeiterverbandes im bekannten Lokal. Referent Kollege Knappik.